

Jan-Ole Deitmer

Anerkennung und Schließung im deutschen Wohlfahrtsstaat. Eine kritische Perspektive auf Honneths Anerkennungstheorie

Impressum

Jan-Ole Deitmer

Student im Studiengang Soziologie, M.A., der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Honneths Anerkennungstheorie als Kritische Theorie	7
3. Wohlfahrtsstaat als Anerkennungsordnung mit zwei Differenzierungslinien	12
4. Theorie sozialer Schließung	14
5. Rekonstruktion der ersten und zweiten Differenzierungslinie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnung	18
5.1 Die erste Differenzierungslinie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnung	18
5.2 Die zweite Differenzierungslinie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnung – Staatsbürger*innen/Nicht-Staatsbürger*innen	21
6. Schließung der ersten Differenzierungslinie & Einforderung der Schließung der zweiten Differenzierungslinie	24
6.1 Schließung der ersten Differenzierungslinie im Kontext der Hartz-Reformen.....	24
6.2 Einforderung der Schließung der zweiten Differenzierungslinie im autoritären Nationalradikalismus .	28
7. Kritische Perspektive auf Honneths Anerkennungstheorie	33
8. Fazit	38
Literaturverzeichnis.....	41

1. Einleitung

Happy Birthday Kritische Theorie – dieser Glückwunsch ist im hundertsten Jahr nach der Gründung des Instituts für Sozialforschung als zentraler Institution der Kritischen Theorie angebracht.¹ Blickt man aus einer generationalen Perspektive auf die Kritische Theorie, so folgten auf Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in Persona von Jürgen Habermas und Axel Honneth die zentralen Figuren der zweiten und dritten Generation Kritischer Theoriebildung.² Als einer der zentralen Vertreter*innen der vierten Generation kann Stephan Lessenich, als jetziger Leiter des Instituts für Sozialforschung, gelten. Dabei erscheinen die Feierlichkeiten als richtiger Anlass, um einen Kritischen Blick auf Axel Honneth und seine Anerkennungstheorie als zentraler Beitrag der sich in der Endphase ihres akademischen Lebens befindlichen dritten Generation zu werfen. Denn es gilt auch heute, was Jay (1981, S. 15) folgendermaßen formulierte:

Dem kritischen Geist der Frankfurter Schule durch Kritik treu zu bleiben, scheint vielmehr der ihr zukommende Tribut zu sein als fraglose und kritiklose Billigung all dessen, was sie gesagt oder getan hat.

Diesem Kritisch-sympathisierenden Geist fühlt sich diese Arbeit verpflichtet und geht dabei folgendermaßen vor. Den Ausgangspunkt bildet die Einführung in Honneths Anerkennungstheorie *als* Kritische Theorie (Kapitel 2). Die Grundzüge der Anerkennungstheorie werden in Verbindung mit der Arbeitsweise Kritischer Theorie dargelegt. Daran anknüpfend wird die Fruchtbarmachung der Anerkennungstheorie durch die Wohlfahrtsstaatsforschung dargestellt (Kapitel 3). Aus Sicht einer Kritischen Theorie des Wohlfahrtsstaats wird die wohlfahrtsstaat-

¹ An dieser Stelle seien drei Bemerkungen zur Arbeit erlaubt. Wird in dieser Arbeit erstens das generische Maskulinum verwendet, so dient es dem expliziten Verweis auf als Männer identifizierte Subjekte als im Kontext relevante Personen. Zweitens stellt diese Arbeit eine überarbeitete Fassung meiner Bachelorarbeit dar, die im Juli 2023 an der Universität Bremen eingereicht wurde. Drittens hat diese Arbeit von den Beiträgen unterschiedlicher Wissenschaftler*innen an unterschiedlichen Orten profitiert. Hervorzuheben ist der DGS-Kongress 2022 an der Universität Bielefeld, u.a. der Vortrag von Mau/Lux zu „Arenen der Ungleichheit. Polarisierung und soziale Konflikte in der Gegenwartsgesellschaft“ sowie die Auftaktveranstaltung des HBS-Promotionskollegs „Dialektik der Teilhabe. Dynamiken sozial-räumlicher Öffnung und Schließung“ am 22.04.2023 in Frankfurt am Main. Dank gilt an dieser Stelle neben Linus Westheuser, der mir seine Dissertation zur Verfügung gestellt hat, auch Alexandra Schauer, die mir das Transkript ihres Vortrags im Rahmen der genannten Veranstaltung zugeschickt hat.

² Eigentlich ist der Geburtstagsglückwunsch für die Kritische Theorie nicht hundertprozentig konkret, denn die für sie wichtigen Theoriebestände, ihr marxistisches Erbe, reicht weiter zurück (Voller 2022). Für Habermas und Honneth wird mit Blick auf dieses marxistische Erbe konstatiert, dass diese sich zu weit davon entfernt haben (Voller 2022, 7, S. 321). Auch wenn dies stimmen mag und Einwände aus einer materialistischen Perspektive formulierbar sind (z.B. Mohan und Keil 2012; Meisner 2025; Obermayr 2024) wird die damit verbundene Exkommunikation von Honneth aus der Tradition Kritischer Theoriebildung (z.B. Thompson 2019) nicht geteilt. Honneth wird aufgrund der Anlage seiner Theorie als Teil Kritischer Theoriebildung verstanden.

liche Anerkennungsordnung dabei als durch zwei Differenzierungslinien, in Gestalt von Lohnarbeit/Nicht-Lohnarbeit und Staatsbürger*innen/Nicht-Staatsbürger*innen, gekennzeichnete Ordnung verstanden. Die Theorie sozialer Schließung (Kapitel 4) dient im Folgenden der Analyse von Kontinuität und Wandel der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung sowie einer um sie geführten Auseinandersetzung. Im Rahmen der Rekonstruktion der zwei Differenzierungslinien (Kapitel 5.1 & 5.2) soll die Persistenz der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung herausgearbeitet werden. Daran anschließend rückt die Veränderung der ersten Differenzierungslinie im Zuge der Hartz-Reformen und deren Folgen in den Blick (Kapitel 6.1). Dies bildet den Hintergrund für die Betrachtung des Kampfes des autoritären Nationalradikalismus³ um die zweite Differenzierungslinie und den wohlfahrtschauvinistischen Positionen seiner Unterstützer*innen (Kapitel 6.2).

Dabei greift diese Arbeit Desiderate, Postulate und Aufforderungen aus der Literatur auf. Während Mackert (2018, S. 100) die Relevanz der Schließungstheorie zur Analyse des bei ihm als „organischen Populismus“ verstandenen Phänomen sieht, wird ein Desiderat in der Literatur dahingehend diagnostiziert, wonach die bisherige Forschung die Verbindungen zwischen der radikalen Rechten und dem Wohlfahrtsstaat kaum aufgegriffen hat (Rathgeb und Busemeyer 2022, S. 2). Dieses Desiderat lässt sich auch als Aufforderung verstehen, sich diesem Zusammenhang stärker anzunehmen (Ketola und Nordensvard 2018, S. 183). Eine mögliche Verbindung stellt der Zusammenhang zwischen der institutionellen Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats und wohlfahrtschauvinistischen Positionen dar (Busemeyer et al. 2013, S. 230). Im Einklang mit der Diagnose (Standing 2011, 25-26, S. 153), wonach auf Kommodifizierung zie-

³ Dieser Arbeit liegt ein Verständnis zugrunde, welches in Entwicklungen am rechten Rand des parteipolitischen Spektrums einen Aufstieg (populistischer) radikal rechter Parteien sieht. Ihre Ideologie zeichnet sich durch die Trias von Autoritarismus, Nativismus und Populismus aus (Mudde 2007, S. 89, 293; Mudde und Kaltwasser 2017, S. 34). Dies deckt sich mit dem Stand der Forschung (Heinze 2022, S. 162–163). Für den deutschen Kontext haben Heitmeyer (2018) und Kolleg*innen (Heitmeyer et al. 2020) den Begriff des autoritären Nationalradikalismus für ein politisches Milieu geprägt, welches u. a. die AfD und PEGIDA umfasst. Dabei kommt der AfD als parteipolitischer Manifestation des autoritären Nationalradikalismus eine Zentralstellung in diesem Milieu zu (Heitmeyer et al. 2020, S. 104–116), auf der entsprechend auch der Fokus liegt. Charakteristisch für den autoritären Nationalradikalismus ist entsprechend des Begriffes eine Mischung aus Autoritarismus, (völkischem) Nationalismus und radikalem politischen Anspruch (Heitmeyer 2018, S. 234–235; Heitmeyer et al. 2020, S. 105–106). Verwendet wird dieser Begriff aus mindestens drei Gründen. Erstens vermeidet er die Fallstricke der Verwendung des gängigen Populismusbegriffs in den Sozialwissenschaften (Jörke und Selk 2017, S. 157–160; Roepert 2022, S. 85; für einen anderen Populismusbegriff siehe prominent Laclau 2007). Zweitens wird der autoritäre Nationalradikalismus als gesamtgesellschaftliche Bewegung verstanden und verengt die Entwicklungen am rechten Rand des politischen Spektrums entsprechend nicht auf parteipolitische Erscheinungen. Drittens wird der autoritäre Nationalradikalismus als Teil eines größeren rechten politischen Spektrums verstanden (Stichwort: Rechte Bedrohungsallianzen), welches vereint ist durch eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ (Heitmeyer et al. 2020, S. 20; siehe zur Ideologie Heitmeyer 2008), und wodurch wiederum die wechselseitigen Legitimations- und Unterstützungsverhältnisse und personellen Überschneidungen der rechten Bedrohungsallianzen zumindest theoretisch mit berücksichtigt werden (siehe hierzu die Abbildung bei Heitmeyer 2018, S. 356; Heitmeyer et al. 2020, S. 59).

lende wohlfahrtsstaatliche Reformen und deren Folgen autoritären Politikangeboten Vorschub leisten, wird ein Zusammenhang zwischen der Veränderung der ersten Differenzierungslinie und wohlfahrtschauvinistischen Positionen von (individuellen) Akteuren postuliert. Diese sollten sich damit im Kampf des autoritären Nationalradikalismus mit Blick auf die zweite Differenzierungslinie wiederfinden (Dörre 2018, S. 53, 2020, S. 21). Zwar wird in der Diskussion um das Aufkommen der radikalen Rechten in Deutschland auch die Bedeutung der Hartz-Reformen gesehen (Manow 2018, S. 87–88), gleichzeitig unterbleibt aber eine weitergehende theoretische Erklärung hierfür. Dieser theoretischen Unklarheit soll durch den Aufgriff eines Gedankens der Theorie sozialer Schließung begegnet werden, während der postulierte Zusammenhang durch die Auswertung bestehender Literatur kritisch untersucht werden soll. Hiermit wird sowohl der Möglichkeit der Anwendung der Theorie sozialer Schließung auf die radikale Rechte sowie der Aufforderung zur stärkeren Beforschung des Zusammenhangs zwischen dieser und dem Wohlfahrtsstaat Rechnung getragen.

Das abschließende siebte Kapitel steht hierbei im Zeichen einer Kritischen Perspektive auf Honneths Anerkennungstheorie. Kritisch deshalb, weil sie einerseits dem oben erwähnten Geist verpflichtet ist und andererseits auf Arbeiten von vor allem Autor*innen der vierten und fünften Generation Kritischer Theorie zurückgreift. Dabei findet der Rückgriff auf diese Arbeiten vor dem Hintergrund der bis dahin erzielten Erkenntnisse statt. Kritisch-sympathisierend ist sie dabei auch, weil sie Honneth an der für die Kritische Theorie charakteristischen Arbeitsweise messen wird. Entsprechend lautet die Fragestellung, die für diese Arbeit leitend ist und deren Beantwortung sie sich nun zuwendet: Inwiefern eignen sich die fortwährende Asymmetrie der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung, deren Schließung sowie der um sie geführte Kampf des autoritären Nationalradikalismus und deren Zusammenhänge als Anschauungsbeispiel für eine Kritische Perspektive auf Honneths Anerkennungstheorie? Im Fazit (Kapitel 8) steht die Beantwortung jener Frage im Zentrum. Darüber hinaus werden Limitationen, aber auch Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung aufgezeigt, und es findet eine Reflexion von Honneths Anerkennungstheorie *als* Kritische Theorie im Lichte der Arbeit statt.

2. Honneths Anerkennungstheorie als Kritische Theorie

Nach Ricœur (2022, S. 37) lassen sich drei zentrale Anerkennungsverständnisse in der Philosophie unterscheiden. Eines dieser Anerkennungsverständnisse bezieht sich auf Hegel. Ein von Hegel ausgehendes Verständnis von Anerkennung stellt die Zentralkategorie der „normativ gehaltvollen“ (Honneth 1994a, S. 7) Gesellschaftstheorie des Sozialphilosophen Axel Honneth dar, die sich in der Tradition der Kritischen Theorie verortet.

Kennzeichnend für sie ist nicht zuletzt ihr interdisziplinärer Ansatz. Die Kritische Theorie als Sozialphilosophie geht von einer „fortwährenden dialektischen Durchdringung und Entwicklung von philosophischer Theorie und einzelwissenschaftlicher Praxis“ (Horkheimer 1981, S. 40) aus. Zentral ist dabei ihre Verortung *in* Gesellschaft – sie ist „arbeitsteiliges Moment des [...] gesellschaftlichen Produktionsprozesses“ (Dubiel 1978, S. 73) und versteht entsprechend Theorie als soziale wie politische Praxis (ausführlich Demirović 1999). Hiermit grenzt sie sich von traditioneller Theorie ab (Horkheimer 1970). Diese verortet sich mehr oder minder bewusst außerhalb von Gesellschaft (Dubiel 1978, S. 76) und erscheint daher aus Sicht der Kritischen Theorie eher als „bloßer Abklatsch der Verhältnisse“ (Schmidt 1974, S. 32) bzw. „fortwährende Reproduktion des Bestehenden“ (Horkheimer 1970, S. 19). Hiermit gehen mind. zwei wesentliche Punkte einher. Die Kritische Theorie gewinnt ihren normativen Horizont nicht durch eine Abstraktion von der sozialen Realität, sondern erlangt ihn durch eine Analyse der ihr inhärenten Normativität. Celikates (2009, S. 187) schreibt auf Basis dessen:

Rekonstruktive Kritik trägt die Maßstäbe der Kritik nicht von außen an die Adressaten heran, sondern versucht sie aus den [...] normativen Strukturen der für einen bestimmten sozialen Zusammenhang konstitutiven Praktiken zu entwickeln – genauer aus mit diesen Praktiken verbundenen Normen, Werten, Selbstverständnissen, Erwartungen und Institutionen.

Rekonstruktive Kritik (Honneth 2007, S. 61–62) als Form der immanenten Gesellschaftskritik (Jaeggi 2020, 258-259, 288-298) erlaubt damit eine Kritik der sozialen Realität auf Basis der ihr eigenen Normativität und den damit verbundenen transzendenten Potentialen. Damit ist der zweite Punkt angesprochen. Die Kritische Theorie ist dem Gedanken gesellschaftlicher Emanzipation verpflichtet. Sie will mindestens zur Selbstaufklärung der Kämpfe um Emanzipation

beitragen (Christ et al. 2020, S. X). Hiermit soll „der Prozess der gesellschaftlichen Emanzipation mit wissenschaftlichen Mitteln befördert [werden]“ (Honneth 2020b, S. 319), oder um es mit Schauer (Schauer 2023a, S. 637, Hervorh. im Original) in Anlehnung an Marx eindeutiger zu formulieren: „Traditionelle Theorie hat die Welt nur »verschieden *interpretiert*«, Kritischer Theorie »kommt es drauf an, sie zu *verändern*«“.

Die Zentralstellung von Anerkennung ist bei Honneth durch seinen interdisziplinären Anspruch und seine Verpflichtung auf eine immanente Gesellschaftskritik begründet. So rezipiert er positiv neben der Arbeit von Sennett und Cobb (2023[1972]) vor allem die Arbeiten von E.P. Thompson und Barrington Moore. Der marxistische britische Historiker E. P. Thompson (1987a, 69, 73, 1987b, 600, 673) konnte in seinem monumentalen Werk zur Entstehung der englischen Arbeiter*innenklasse herausarbeiten, dass insbesondere die Lebensmittelrevolten, aber auch andere soziale Phänomene, durch moralökonomische Vorstellungen reguliert waren. So schreibt Thompson (1987a, S. 68–69) mit Blick auf die Lebensmittelrevolten Ende des 18. Jahrhunderts:

Sie waren mehr als bloßer Aufruhr, der im Sturm auf Scheunen und Ladenplünderungen gipfelte. Sie waren durch eine ältere moralische Ökonomie legitimiert, die lehrte, daß es unmoralisch sei, in ungerechter Weise die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben und so aus den elementaren Bedürfnissen des Volkes Profit zu schlagen.

Moore (1987, S. 446–468) bestätigt diese Erkenntnisse, indem er z.B. aufzeigt, dass die Bergarbeiter*innenaufstände in der Weimarer Republik durch eine Form moralischer Ökonomie reguliert waren. Gleichzeitig entwickelt er den Begriff des impliziten Gesellschaftsvertrags, wonach Herrschende und Beherrschte jeweils spezifische Aufgaben im Rahmen eines solchen Vertrags zu erfüllen haben. Deren Nicht-Erfüllung erzeugt Gefühle moralischer Empörung und Ungerechtigkeit. Dies kann Handeln, welches auf die Änderung des impliziten Gesellschaftsvertrags ausgerichtet ist, motivieren (Moore 1987, 38, 51, 121). Honneth knüpft an eben diese Arbeiten an. Aus seiner Sicht hat ein Fokus auf die „Alltagsdimension moralischer Unrechtsempfindungen“ (Honneth 2003a, S. 135) gezeigt, dass mit dem Begriff der Anerkennung diese Unrechtsempfindungen begriffstheoretisch einfangen werden können (Honneth 2003a, S. 157). Diese Unrechtsempfindungen sind nach ihm als verletzte normative Erwartungen an eine Gesellschaft zu verstehen und sind der Treibstoff für *Kämpfe um Anerkennung*, die den Fortgang der Geschichte aus der Sicht Honneths prägen. Hiermit grenzt er sich von der ersten und zweiten Generation Kritischer Theoriebildung ab. Während er Adorno und Horkheimer letztlich die Nicht-Einlösung des interdisziplinären Anspruchs der Kritischen Theorie als Sozialphilosophie

durch die fehlende Berücksichtigung sozialer Praxis und Kämpfe vorwirft, sieht er jene Vernachlässigung sozialer Praxis und Kämpfe auch bei Habermas. Dies lässt diese beiden Generationen Kritischer Theorie an einer immanent ansetzenden Gesellschaftskritik scheitern (Honneth 1980, S. 213, 1985, 20-21, 74, 111, 118, 254, 295-296; siehe hierzu auch Lepold 2017, S. 283–285).⁴

Aber der Reihe nach: Ausgehend von der Unterscheidung von drei Anerkennungsformen in Gestalt von Liebe, Recht und Solidarität (Honneth 1994a, S. 211) versteht er funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaften als umfassende Anerkennungsordnungen.⁵ Jede dieser unterschiedlichen Anerkennungsformen stellt eine Notwendigkeit für eine der Dimensionen einer „ungestörte[n] Selbstbeziehung“ (Honneth 1994a, S. 8) eines jeden Subjekts dar, deren Vorenthaltung bzw. Negierung das eigene Selbstverhältnis prekär werden lässt bzw. grundsätzlich in Frage stellt. Wo Liebe über die mit ihr verbundene Geborgenheit für das nötige Selbstvertrauen eines Subjekts sorgt, ermöglicht rechtlicher Respekt Selbstachtung, während Solidarität über soziale Wertschätzung für die eigene Selbstschätzung verantwortlich ist (Honneth 1994a, S. 211, 2010, S. 266–268).

Die für Subjekte notwendige Anerkennung ist nicht als Eigenleistung ihrer selbst zu verstehen, vielmehr sind es andere Subjekte, welche diese Anerkennungsleistung erbringen (Kuch 2011, S. 96). Im Anschluss an Hegel setzt dabei die Anerkennungsleistung durch das andere Subjekt dessen Anerkennung voraus, woraus die notwendige Wechselseitigkeit des Anerkennungsverhältnisses ersichtlich wird. Es besteht eine „Dialektik der Anerkennung“ (Kuch 2013, S. 59), in welcher „die Selbstanerkennung die Anerkennung durch den Anderen voraussetzt, und diese wiederum die Anerkennung des Anderen durch das Selbst“ (Kuch 2011, S. 96). Insgesamt besteht also eine Art „Vorrangigkeit der Anerkennung“ (Honneth 2003b, S. 27; ähnlich 2005, S. 39), die von zentraler Bedeutung für die Identität eines jeden Subjekts und dessen freiheitliche Selbstentfaltung ist (Honneth 1994a, S. 64; Lepold 2021, S. 65). Honneth (2000, S. 100) hierzu selbst:

⁴ Dabei erscheint dem Autor ein Grund für die Entfernung von Marx durch Honneth (siehe Fußnote 2) auch dessen unzureichende Berücksichtigung sozialer Praxis aus der Sicht Honneths zu sein (siehe Honneth 1977, S. 441).

⁵ In Arbeiten jüngerer Datums hat Honneth (2011a, 2020a) den Begriff der sozialen Freiheit eingeführt. Anerkennung ist hier als „Grund und [...] Verwirklichungsstätte jener Freiheit in einem“ (Honneth 2011a, S. 93) zu verstehen und in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung schlummert nach ihm „die normative Produktivkraft der Idee sozialer Freiheit“ (Honneth 2015, S. 83). Im Rahmen der Bücher, in denen Honneth (2011a, 2015) diese Einführung vornimmt, lässt sich eine Veränderung seiner im Folgenden rekonstruierten Theorie beobachten (siehe Kapitel 7), die eher auf den älteren Arbeiten beruht.

weil die Erfahrung sozialer Anerkennung [...] eine Bedingung darstellt, an der die Identitätsentwicklung des Menschen im Ganzen hängt, geht mit dem Ausbleiben, [...] notwendigerweise die Empfindung eines drohenden Persönlichkeitsverlustes einher.

Die verschiedenen Anerkennungsformen werden in unterschiedlichen gesellschaftlichen Anerkennungssphären institutionalisiert. Der Wohlfahrtsstaat erscheint bei Honneth z.B. als institutionalisierte Form von Recht (Schmidt am Buch 2011, S. 51–52). Diese Institutionalisierung der unterschiedlichen Anerkennungsformen in drei unterschiedlichen Anerkennungssphären geht mit der Etablierung von Anerkennungsnormen einher. Dies nehmen die Gesellschaftsmitglieder zum Anlass, Anerkennung in den jeweiligen Anerkennungssphären zu erwarten (Honneth 2003a, S. 167–169). Allerdings bleibt die Vorstellung von Honneth an dieser Stelle nicht stehen. Die Etablierung der Anerkennungsnormen führt nicht nur zur Erwartung von Anerkennung, sondern diesen ist ein je spezifischer „Geltungsüberhang“ (Honneth 2003a, S. 177) inhärent. Dieser erlaubt es den Mitgliedern einer Anerkennungsordnung, jenseits des Aufzeigens von Missachtungen der Anerkennungsnormen und der Einforderung von deren Beseitigung, eine Erweiterung der Anerkennungsnorm einzufordern. Dabei treffen die jeweiligen Missachtungen ins Mark der oben angesprochenen Dimensionen eines positiven Selbstverhältnisses von Subjekten (Honneth 1994a, S. 211). Diese Formen der Missachtung von Anerkennungsnormen sind es nun, welche den „Kern von moralischen Erfahrungen“ (Honneth 1994a, S. 264) des sozialen Unrechts darstellen, die den Treibstoff für *Kämpfe um Anerkennung* liefern. Dies erlaubt Honneth letztendlich die Schließung der „Kluft zwischen Kritischer Theorie und der Erfahrungswelt der Unterdrückten“ (Iser 2011, S. 253) sowie deren sozialen Kämpfen (Celikates 2019, S. 213). Dies mochten die vorherigen Generationen Kritischer Theorie nach Honneth aufgrund ihrer Abstraktion von sozialer Praxis und Kämpfen nicht zu leisten. Hierdurch scheiterten sie am Unterfangen einer immanenten Gesellschaftskritik.

Bei Honneth sind es „historisch noch uneingelöste Anerkennungsversprechen“ (Honneth 2011b, S. 34), z.B. in Form asymmetrischer Anerkennungsordnungen (Honneth 2003a, S. 161), um deren konkrete Ausgestaltung bzw. Realisierung sich die Kämpfe um Anerkennung vollziehen. Dabei geht er tendenziell von einer spezifischen Ausrichtung dieser Anerkennungskämpfe aus. So schreibt Honneth (1994a, S. 260):

es handelt sich um dem praktischen Prozeß, in dem individuelle Erfahrungen von Mißachtung in einer Weise als Schlüsselerlebnisse gedeutet werden, daß sie als handlungsleitende Motive in die kollektive Forderung nach erweiterten Anerkennungsbeziehungen einfließen können.

Entsprechend erscheint die Richtung der Anerkennungskämpfe als Triebfeder für die Erweiterung von Anerkennungsbeziehungen bzw. -ordnungen. Damit erweisen sich die Kämpfe um Anerkennung als Träger gesellschaftlichen Fortschritts. Honneth (1994a, S. 227) schreibt dazu, „[...] daß es nämlich ein Kampf um Anerkennung ist, der als moralische Kraft innerhalb der sozialen Lebenswirklichkeit der Menschen für Entwicklungen und Fortschritt sorgt“. Unter moralischem Fortschritt versteht Honneth (2003a, S. 218–219) eine Erweiterung des Kreises an Personen, die mehr Anerkennung in den für ihr positives Selbstverhältnis notwendigen drei Anerkennungsformen erfahren, was ihnen eine größere Form der Individualität ermöglicht.⁶ An dieser Stelle wollen wir den Faden von Honneths Anerkennungstheorie liegen lassen, um ihn im siebten Kapitel wieder aufzunehmen. Zuerst wollen wir uns an dieser Stelle der Aneignung der Anerkennungstheorie in der Wohlfahrtsstaatsforschung zuwenden.

⁶ Unter Regression wird vor diesem Hintergrund die Verkleinerung des Kreises an Personen verstanden, die weniger Anerkennung in den für ihr positives Selbstverhältnis notwendigen drei Anerkennungsformen erfahren. Dies geht mit entsprechenden Konsequenzen für ihre Individualität einher.

3. Wohlfahrtsstaat als Anerkennungsordnung mit zwei Differenzierungslinien

Es lassen sich verschiedene Erklärungs- bzw. Betrachtungsweisen des Wohlfahrtsstaats und seiner Entwicklung unterscheiden (Kaufmann 2015, S. 56–57; Lessenich 2012c, S. 66–106). Eine mögliche Betrachtungsweise ist eine kulturtheoretische. Dabei ist eine solche Betrachtungsweise durch einen *spezifischen* Blick auf den Wohlfahrtsstaat gekennzeichnet. Sie versteht den Wohlfahrtsstaat als eine normative Einrichtung: „Diese normative Bestimmung des Sozialstaats ist keine Setzung des soziologischen Beobachters, sondern eine *soziale Tatsache*, die die Sozialwissenschaften ernst zu nehmen haben“ (Kaufmann 2015, S. 54, Hervorh. im Original). Damit grenzt sie sich gegenüber einer Rational-Choice Perspektive auf den Wohlfahrtsstaat ab bzw. versteht eine moralökonomisch fundierte, normative Betrachtungsweise als notwendige Ergänzung dieses sonst unzureichenden Verständnisses (Mau 2003, 2, 22–23; Svallfors 2007, S. 11). Eine anerkennungstheoretische Betrachtungsweise kann, vor dem Hintergrund der oben erfolgten Rekonstruktion der Anerkennungstheorie Axel Honneths, als eine eben solche Betrachtungsweise gelten (Kaufmann 2015, S. 19; grundsätzlich Nullmeier 2003). Gleichzeitig geht mit der Fruchtbarmachung von Honneths Anerkennungstheorie für die Wohlfahrtsstaatsforschung eine Änderung der Anerkennungsform einher, deren Institutionalisierung den Wohlfahrtsstaat kennzeichnet. Wo Honneth den Wohlfahrtsstaat als institutionalisierte Form von Recht verstanden hatte, sieht Lessenich (2009, S. 163) darin einen „reduktionistischen Begriff wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungspolitik“. Vielmehr wird der Wohlfahrtsstaat als Institutionalisierung von Solidarität begriffen (Lessenich 2007; Lessenich und Mau 2005), ohne dass sein verrechtlichter Charakter negiert werden würde. Entsprechend heißt es bei Nullmeier (2000, S. 400): „Ein sozialer Rechtsstaat, der auf die Bedingungen sozialer Wertschätzung verpflichtet ist, soll Sozialstaat heißen“.

Aus der Perspektive einer Kritischen Theorie des Wohlfahrtsstaat (Lessenich 2019b) erscheint die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung (Deutschlands) als eine *asymmetrische* Anerkennungsordnung. Diese ist durch zwei Differenzierungslinien, in Form von Lohnarbeitsbürger*innen/Nicht-Lohnarbeitsbürger*innen und Staatsbürger*innen/Nicht-Staatsbürger*innen,

gekennzeichnet (Lessenich 2012b, S. 104–105; siehe ansatzweise 1998, S. 97).⁷ Während die erste Differenzierungslinie der Erwerbszentrierung des Wohlfahrtsstaats Rechnung trägt, hebt die zweite Differenzierungslinie auf den nationalstaatlichen bzw. -gesellschaftlichen Charakter wohlfahrtsstaatlicher Ordnung ab.

Dabei sind die Differenzierungslinien aus Sicht einer Politischen Soziologie des Wohlfahrtsstaats neben ihrer Bedeutung für die Verteilung von Anspruchsberechtigungen auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen vor allem zentral für deren Legitimation. Sie fungieren als „Zentralachsen der wohlfahrtsstaatlichen Moralökonomie“ (Lessenich 2012b, S. 105), anhand derer gerungen wird (Nullmeier 2003, S. 413), „*wem, [...] was zusteht - und warum*“ (Lessenich 2012b, S. 104, Hervorh. im Original) bzw. kurz „was illegitim und was legitim sei“ (Thompson 1980, S. 70).⁸ Unter moralischer Ökonomie wird hierbei mit Mau (2003, S. 2) folgendes verstanden:

By this, it is meant that social transactions are grounded upon a socially constituted, and subjectively validated, set of shared moral attitudes. These background assumptions regulate which demands, needs, and entitlements are regarded as justified.

Dabei wird davon ausgegangen, dass die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung die Bürger*innen in ihren moralökonomischen Vorstellungen in zentraler Weise prägt. Klassenspezifische bzw. -typische Moralökonomien (Beck und Westheuser 2022; Svallfors 2006; siehe zur Moralökonomie sozialer Ungleichheit grundsätzlich Sachweh 2010) können im Folgenden nicht berücksichtigt werden. Mau schreibt (2003, S. 195; siehe ähnlich Svallfors 2006, S. 173) zur Prägung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung: „The institutional design has its own capacity to validate norms since it colours the notion of right and wrong and there is [...] evidence that [...] moral capacities of citizens interact with the institutional environment“.

Bisher erscheint allerdings die Gestalt des deutschen Wohlfahrtsstaats als einer asymmetrischen Anerkennungsordnung mit diesen Differenzierungslinien nur unzureichend erläutert. Damit ist ein Schluss auf eine zweidimensionale Moralökonomie der Bürger*innen in wohl-

⁷Lessenich (2012b: 104, 105) spricht bei der ersten Differenzierungslinie in der Übersicht von Arbeitsbürger*innen/Nicht-Arbeitsbürger*innen. Im Text verwendet er gleichzeitig den Begriff der *Arbeitsmarktbürger*innen*. Im Folgenden werden die beiden Dimensionen als Lohnarbeitsbürger*innen und Nicht-Lohnarbeitsbürger*innen verstanden und als Lohnarbeit bzw. Nicht-Lohnarbeit abgekürzt.

⁸ Mau (2002, 2003) unterscheidet verschiedene Typen von Wohlfahrtsstaaten nach der Art ihres sogenannten Reziprozitätsarrangements, woraus sich verschiedene Moralökonomien unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatstypen ergeben. Diese Zentralstellung der Kategorie der Reziprozität ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch zur skizzierten Zweidimensionalität der Moralökonomie des Wohlfahrtsstaats. Westheuser (2021, S. 59) weist darauf hin, dass es bei Moralökonomie immer um Reziprozitätsbeziehungen geht.

fahrtsstaatlichen Fragen kaum nachvollziehbar. Bevor dieser Problematik durch eine getrennte Rekonstruktion der beiden Differenzierungslinien begegnet wird, soll im Folgenden erst in die Theorie sozialer Schließung eingeführt werden. Deren begriffliches Instrumentarium dient im Verlauf zur Fassung der Gestalt der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung, deren Veränderungen im Kontext der Hartz-Reformen sowie der Ausrichtung des autoritären Nationalradikalismus mit Blick auf diese.

4. Theorie sozialer Schließung

Als „Grundlage der Theorie sozialer Schließung“ (Mackert 2004, S. 9, 15) können die Überlegungen von Max Weber gelten. Die nachfolgend dargestellten Arbeiten von Autoren zu einer Theorie sozialer Schließung lassen sich insgesamt als eine Form von Politischer Soziologie sozialer Ungleichheit begreifen. Modi sozialer Schließung sind entsprechend als machtvolle Instrumente von politischen Akteuren zu verstehen, die zur Stabilisierung bzw. Veränderung bestehender Macht- und Ungleichheitsverhältnisse eingesetzt werden (Abendroth 1967, S. 7–8; Bottomore 1981, S. 7; Kreckel 2004, S. 93, 152, 358).

Dies zeigt sich auch in Webers Verständnis von sozialer Schließung. So rekonstruiert Parkin (1979, S. 44) dieses Verständnis folgendermaßen: „By social closure Weber means the process by which social collectivities seek to maximize rewards by restricting access to social resources and opportunities to a limited circle of eligibles“. Weber (2006[1921], 52-54, 311-313) unterscheidet dabei grundsätzlich zwischen offenen und geschlossenen sozialen Beziehungen und auf ihnen fußenden Gemeinschaften, wobei er nochmal zwischen nach innen und nach außen geschlossenen differenziert. Die von ihm unterschiedenen Formen sozialen Handelns (affektuell, traditional, wertrational, zweckrational) stellen den jeweiligen motivationalen Hintergrund für offene oder geschlossene soziale Beziehungen dar. Dabei wird von ihm darauf verwiesen, dass die mit sozialer Schließung einer Gemeinschaft verbundene Ausschließung ihre Basis meist in verschiedenen Merkmalen der Exkludierten, wie Ethnie, Sprache oder sozialer Herkunft, hat. Des Weiteren verweist er darauf, dass es eine Gegenreaktion der Ausgeschlossenen auf die Schließung der Gemeinschaft ihnen gegenüber geben kann.

Dabei kann mit Blick auf die Ausführungen von Weber nicht von einer Theorie sozialer Schließung gesprochen werden, vielmehr sind seine Ausführungen insgesamt „rudimentär geblieben“ (Mackert 1999, S. 135; siehe hierzu auch Mackert 2004, S. 16). Er hat zwar auf wichtige As-

pekte, wie die Bezugnahme auf verschiedene Merkmale bei sozialer Schließung oder die Möglichkeit der Gegenreaktion auf soziale Ausschließung, hingewiesen, diese aber weiter nicht expliziert. Entsprechend wird im Folgenden auf die neo-weberianische Theorie sozialer Schließung eingegangen, welche die genannten Aspekte aufgegriffen und Revisionen der zentralen Begrifflichkeiten vorgenommen hat.

Ausgehend von einer kritischen, aber grundsätzlich sympathisierenden Perspektive auf die marxistische Klassentheorie hat Frank Parkin entscheidend zur Entwicklung einer Theorie sozialer Schließung beigetragen. Hintergrund seiner Kritik an der marxistischen Klassentheorie ist die Beschränkung auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit als einzige sozial existente und politisch relevante Spaltungslinie von Gesellschaften. Entgegen dieser Sichtweise verweist er auf die Bedeutung von anderweitigen sozialen Spaltungslinien, wie Religion, Ethnizität oder Race hin (Parkin 1979, 4, 8). Konkret weist er z.B. auf die Praktiken sozialer Ausschließung innerhalb der Arbeiter*innenschaft auf der Basis von Race hin (Parkin 2004, S. 41). Entsprechend spricht er sich dafür aus, diese Spaltungslinien innerhalb und zwischen sozialen Klassen systematisch zu berücksichtigen (Parkin 1979, S. 42). Dies bildet den Hintergrund seines Anschlusses an die Überlegungen von Max Weber zu sozialer Schließung.

Zentraler Ausgangspunkt für seinen Beitrag zu einer Theorie sozialer Schließung ist die Unterscheidung von sozialer Ausschließung und Solidarismus als zwei Formen sozialer Schließung, die grundsätzlich als Formen politischen Handelns zu verstehen seien (Parkin 1979, S. 45).⁹ Damit rückt auch er Macht ins Zentrum des Blickfelds: „Modes of closure can be thought of as different means of mobilizing power for the purpose of engaging in distributive struggles“ (Parkin 1979, S. 45-46, siehe hierzu auch schon 1971: 46). So versteht Parkin (1979, S. 45) unter sozialer Ausschließung als Form sozialer Schließung Folgendes: „The distinguishing feature of exclusionary closure is the attempt by one group to secure for itself a privileged position at the expense of some other group through a process of subordination“. Dabei kommt sozialer Ausschließung als Form sozialer Schließung in allen stratifikatorisch organisierten Gesellschaften eine Zentralstellung zu und sie findet eben sowohl zwischen als auch innerhalb von

⁹ Während Parkin (2004) in einem ersten Aufsatz zu diesem Thema zwischen sozialer Ausschließung und Solidarismus unterschied, wird später (Parkin 1979) zwischen sozialer Ausschließung und Usurpation differenziert. Solidarismus erscheint dann nur noch als Strategie der Usurpation. Im Folgenden wird aus zwei Gründen bei der ursprünglichen Fassung von Parkin geblieben (anders z.B. Haller 1983, S. 72). Erstens überzeugt nicht vollends, dass Solidarismus eine bisweilen nahe an der Illegalität operierende Strategie der Usurpation sein soll (Parkin 1979, S. 98). Zweitens wird in Arbeiten jüngerer Datums (Lessenich 2019a) der Begriff des Solidarismus verwendet.

sozialen Klassen statt (Parkin 1979, S. 47, 89). Demgegenüber versteht Parkin (2004[1974], S. 37) Solidarismus als Form sozialer Schließung folgendermaßen:

Solidaristische Bestrebungen zielen immer auf Usurpation, weil Ansprüche auf Ressourcen, wenn sie durchgesetzt werden können, normalerweise zu einer Verringerung des Ressourcenanteils der übergeordneten Gruppe führen. [...] Was immer die beabsichtige Reichweite der Usurpation ist – sie zielt im Allgemeinen darauf ab, andere Standards der Verteilungsgerechtigkeit als jene der geltenden Ausschlussregeln durchzusetzen.

Einer marxistischen Klassentheorie weiterhin in gewisser Weise verpflichtet, versteht Parkin die Bourgeoisie und das Proletariat durch die von ihnen praktizierte Schließungsform gekennzeichnet. Während die Bourgeoisie auf Privateigentum und Kredentialismus als zwei Formen von sozialer Ausschließung zurückgreift, ist das Proletariat durch seinen darauf bezogenen Solidarismus gekennzeichnet (Parkin 1979, S. 47–48, 2004, S. 32, 49).¹⁰ Gleichzeitig sieht er darin keinen Determinismus, vielmehr sieht er die angesprochene Möglichkeit der sozialen Schließung innerhalb sozialer Klassen und die Möglichkeit der Praktizierung beider Formen sozialer Schließung durch unterschiedliche soziale Gruppen (Parkin 1979, S. 93, 2004, S. 40–41).

Im Anschluss an Weber ist hierbei für ihn zentral, dass er immer von einer Reaktion der von sozialer Ausschließung Betroffenen mit einer Form sozialer Schließung ausgeht (Parkin 1979, S. 45). Dabei ist Solidarismus gegenüber sozialer Ausschließung grundsätzlich nur als „nachgeordnete Schließungsform“ (Lessenich 2019a, S. 36) zu begreifen. Die Reaktion *auf* soziale Ausschließung *mit* sozialer Ausschließung ist vielmehr Regelfall, denn Ausnahme. Entsprechend schreibt Lessenich (2019a, S. 35):

Wer durch Schließung von Berechtigungsräumen ausgeschlossen wird, versucht zunächst dasselbe zu tun, also für wiederum andere den Zugang zu verbleibenden Möglichkeiten und Ressourcen zu beschränken und damit ein weiteres >Unten< zu schaffen.

Jürgen Mackert (1999; siehe ähnlich Brubaker 1992) hat im Anschluss an die von Weber aufgezeigten Merkmale, an denen soziale Schließung festgemacht wird, die Staatsbürger*innenschaft als ein zentrales Merkmal stark gemacht. Dabei hat er die neo-weberianische Theorie

¹⁰ Die Mittelklasse praktiziert laut Parkin vor allem duale Schließung, also eine Verknüpfung von sozialer Ausschließung und Solidarismus (Lessenich 2019a, S. 37). Murphy (1986, S. 37, 1988, S. 66–67, 173) kritisiert die (vermeintlich) gleichrangige Behandlung von Privateigentum und Kredentialismus bei Parkin und sieht vielmehr eng an der klassischen marxistischen Theoriebildung das Privateigentum als zentrale Schließungsform kapitalistischer (National-) Gesellschaften.

sozialer Schließung berücksichtigt. So hatte Raymond Murphy (1988) in seinem Beitrag zur Theorie sozialer Schließung den Aspekt der Staatsbürger*innenschaft hervorgehoben. Er unterscheidet gesellschaftliche Ordnungen nach den sie kennzeichnenden Schließungsformen. Für kapitalistisch organisierte Nationalgesellschaften geht er von einer Art Tandemstruktur aus, in welcher Privateigentum die zentrale Schließungsform darstellt und andere Schließungsformen nur als abgeleitete Phänomene erscheinen (siehe Fußnote 10). Bei der kapitalistischen Weltgesellschaft sieht er hingegen eine Gleichrangigkeit von Privateigentum und Staatsbürger*innenschaft als duale Schließungsstruktur (siehe die Übersicht bei Murphy 1988, S. 76). Mackert knüpft hier an und begreift Staatsbürger*innenschaft als einen Modus sozialer Schließung, welche für eine global ansetzende Politische Soziologie sozialer Ungleichheit von zentraler Relevanz ist (Kreckel 2004; Weiß 2017). Dabei geht es ihm insbesondere um den Hinweis auf den exkludierenden Charakter von Staatsbürger*innenschaft sowie die Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion in nationalstaatlich verfassten Gesellschaften (Mackert 1999, S. 83, 152). Dabei unterscheidet er mit Blick auf die Staatsbürger*innenschaft zwei exkludierende Wirkungen, eine externe und eine interne. Während *externe* Exklusion auf Grenzregime und die Bedeutung von Staatsbürger*innenschaft(-en) verweist, geht es bei *interner* Exklusion um die Zugänglichkeit von Staatsbürger*innenrechten für Nicht-Staatsbürger*innen (Mackert 1999, S. 15, 107-109). Dabei gelten ihm Staatsbürger*innenrechte vor dem Hintergrund der Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion als „Arenen gesellschaftlichen Konflikts“ (Mackert 1999, S. 82), in denen um die konkrete Verwendung der Staatsbürger*innenschaft als Instrument sozialer Schließung gerungen wird. Mit Blick auf soziale Staatsbürger*innenrechte hält Mackert (1999, S. 168, 2001, S. 652, Hervorh. im Original) dabei fest:

Auf dem Konfliktfeld sozialer Rechte finden Kämpfe *um relationale Gleichheit* statt. Die Auseinandersetzungen beziehen sich dabei auf die Berechtigung zur legitimen Inanspruchnahme der *Institutionen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen*.

Diese Konflikte lassen sich auch als „Schließungskämpfe“ (Mackert 1999, S. 172) verstehen. Bevor der Schließungskampf des autoritären Nationalradikalismus vor dem Hintergrund der Schließung der ersten Differenzierungslinie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnung ins Blickfeld rückt, soll erst die schon angekündigte Rekonstruktion der zwei Differenzierungslinien der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung erfolgen.

5. Rekonstruktion der ersten und zweiten Differenzierungslinie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungensordnung

5.1 Die erste Differenzierungslinie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnung

Hintergrund zur Konstituierung der ersten Differenzierungslinie in Deutschland sind die vor allem mit der Industrialisierung und damit zusammenhängenden Phänomenen im 19. Jahrhundert, wie der Urbanisierung, verbundene Entstehung „neuer und krasser Formen sozialer Ungleichheit“ (Sachße und Tennstedt 1988, S. 181). Dem vorausgegangen war nicht zuletzt eine Form der *passiven* Proletarisierung der vor allem ländlichen Bevölkerung, deren Subsistenzsicherung im Kontext dessen, was Karl Marx als ursprüngliche Akkumulation beschrieben hat (Federici 2017, S. 81), verunmöglicht wurde. Diese wurde damit grundsätzlich *kommodifiziert*. Sie musste nun also über den Arbeitsmarkt durch Lohnarbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, auch weil mögliche Formen der Existenzsicherung jenseits des Arbeitsmarktes durch staatliche Eingriffe behindert wurden (Esping-Andersen 1990, S. 21; Vobruba 1983, S. 50).¹¹ Dieser staatliche Eingriff stellt einen ersten Beitrag zur *aktiven* Proletarisierung dar, bei der wohlfahrtsstaatlichen Politiken eine zentrale Bedeutung zukommt.

Die Angewiesenheit auf Lohnarbeit ließ die kapitalistische Wirtschaft zum Adressaten für Ansprüche auf Subsistenzsicherung der Arbeiter*innen werden, die sie nur unzureichend erfüllte (Sachße und Tennstedt 1988, S. 207–208). Der Staat sah sich für die Subsistenzsicherung nicht in der Verantwortung. Er sorgte vielmehr durch die Armenfürsorge dafür, dass die materiellen Formen der Armenunterstützung in Relation zur Lohnarbeit deutlich unattraktiver waren. Insgesamt nutzte er die Armenfürsorge als ein „Instrument zur Durchsetzung und Verallgemeinerung der für eine marktwirtschaftlich organisierte Industriegesellschaft unverzichtbaren Arbeitsdisziplin in den [...] Unterschichten“ (Sachße und Tennstedt 1988, S. 11). Entsprechend war Lohnarbeit die Norm der damaligen Politiken, welche durch Sozialdisziplinierung anstelle von Formen von sozialer Sicherung erreicht wurde (Sachße und Tennstedt 1988, S. 256). Damit

¹¹ Unter Dekommodifizierung wird mit Offe (2019, S. 75) Folgendes verstanden: „die durch politisch-rechtliche Entscheidungen bewerkstelligte partielle Neutralisierung der negativen Folgen fehlenden Marktzugangs oder mangelnden Markterfolgs“.

sorgten diese wohlfahrtsstaatlichen Politiken als „blutige und gewaltsame Wurzel der modernen Sozialpolitik“ (Schauer 2023a, S. 610) dafür, dass der erste Schritt einer *aktiven* Proletarisierung im Sinne einer massenhaften Konstituierung von Lohnarbeitsverhältnissen möglich wurde (Offe und Lenhardt 2006, S. 159).

Gleichzeitig blieb die dauerhafte Reproduktion der Arbeiter*innenschaft ungeklärt. So schreiben Sachße und Tennstedt, Hervorh. im Original (1988, S. 260) hierzu:

Die aktive Proletarisierung im Sinne erstmaliger *Produktion einer Arbeiterbevölkerung* ist vollzogen, aber nicht die aktive Proletarisierung überhaupt. Jetzt geht es um die *Reproduktion* der Arbeiterbevölkerung, die durch den Lohn alleine für die gesamte Dauer der biographischen Zyklen kaum gewährleistet ist.

Diese Probleme werden ab Mitte des 19. Jahrhunderts durch eine gezielte Arbeiterpolitik adressiert und führen mit zu einer Etablierung von verschiedenen Formen von Sozialversicherung für die zunächst vor allem industrielle Arbeiterschaft in den 1880er-Jahren (Sachße und Tennstedt 1988, S. 262). Dieser sich konstituierende „Arbeiterversicherungsstaat“ (Lessenich 2012c, S. 94) lässt damit die Lohnarbeiterexistenz vollends zur „gesellschaftlichen Normexistenz“ (Sachße und Tennstedt 1988, S. 262; grundlegend Castel 2000) werden. Damit wird die „Lohnarbeit der Sockel [...] der sozialen Sicherung“ (Castel 2000, S. 282; ähnlich Castel 2011, S. 165). Dies ist insbesondere für konservative wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnungen und ihr Sozialversicherungswesen kennzeichnend (Esping-Andersen 1990, S. 48). Entsprechend sind es wohlfahrtsstaatliche Politiken, welche letztlich die vollständige *aktive* Proletarisierung über die Adressierung des „Problem[s] der Konstitution und Reproduktion des Lohnarbeitsverhältnisses“ (Offe und Lenhardt 2006, S. 169) ermöglichen.

Dies indirekt reflektierend schreibt Castel (2011, S. 68): „Moderne Lohnarbeit beruht also auf dem dialektischen Zusammenhang dieser Dimensionen: Die Arbeit beherrscht den Arbeiter und ist gleichzeitig das, was ihm Anerkennung verschafft“. Hier zeigt sich die „für sozialpolitische Intervention konstitutive *Dialektik von Kommodifizierung und De-Kommodifizierung*“ (Lessenich 1999, S. 416, Hervorh. im Original). Während die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung auf der einen Seite *dauerhafte* Kommodifizierung von Arbeitskraft ermöglicht, wird die *temporäre* Befreiung davon durch Dekommodifizierung auf Basis ebendieser Kommodifizierung ermöglicht (Lessenich 2012c, S. 38). Sozialpolitik erscheint daher immer „als staatliche Bearbeitung des Problems der *dauerhaften Transformation von Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter*“ (Offe und Lenhardt 2006, S. 157, Hervorh. im Original). Gleichzeitig lässt sich mit Castel (2000, S. 271, 2002, S. 328) mit Blick auf das auf Lohnarbeit fußende Sozial-

versicherungswesen von einer der beiden Dimensionen dessen sprechen, was er unter Sozialeigentum versteht.¹² Dieses Sozialeigentum ermöglicht als „counterpart of the private property“ (Castel 2002, S. 324) soziale Sicherheit für einen Großteil der Bevölkerung in bis dahin nicht gekanntem Umfang. Damit wird eine „*Gesellschaft der Ähnlichen*“ (Castel 2005, S. 132, Hervorh. im Original) geschaffen. Aus der Sicht einer Kritischen Theorie des Wohlfahrtsstaats stellt sich die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung entsprechend als eine *widersprüchliche* Ordnung dar – für sie ist ein „konservativ-revolutionäres Doppelwesen“ (Heimann 1980[1929], S. 172) kennzeichnend. Während sie einerseits ihren Beitrag zum Funktionieren einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung leistet (Offe 2006, S. 62–63), ist sie gleichzeitig die Keimzelle einer nicht-kapitalistischen Form gesellschaftlicher Organisation (Offe 1984, S. 42), die innerhalb der bestehenden Ordnung über diese hinausweist (Heimann 1980[1929], S. 311, 321).

Dabei ist diese Differenzierungslinie geschlechtsspezifisch strukturiert. Die eingangs erwähnte ursprüngliche Akkumulation brachte eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hervor, in der nur Lohnarbeit als Arbeit angesehen wurde. Erhebliche Lohnsteigerungen für die männliche Lohnarbeiterschaft am Ende des 19. Jahrhunderts manifestierten diese Form der Arbeitsteilung (Federici 2017, S. 94, 125-126, 2021). Für konservative Wohlfahrtsstaaten kennzeichnende Politiken perputierten dies, was sich mit Fraser und Jaeggi (2020, S. 273) auf die Formel „Vermarktlichung und Sozialschutz gegen Emanzipation“ bringen lässt. Trotz Veränderungen leistet diese Anerkennungsordnung weiterhin einen Beitrag zu jener Arbeitsteilung (Shire und Nemoto 2020, S. 443). Durch ihre Orientierung auf ein männliches Normalarbeitsverhältnis trägt sie zur Qualifizierung von Care-Arbeit als nicht nur Nicht-Lohnarbeit, sondern auch Nicht-Arbeit bei. Dabei ermöglichen diese Tätigkeiten gleichzeitig erst die Ausübung von Lohnarbeit (Lessenich 1995, S. 56, 2022, S. 22, 90).

Insgesamt prägt dieses auf Lohnarbeit fußende Sozialeigentum mit großer Beständigkeit seit jeher die erste Differenzierungslinie und letztlich damit die gesamte wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung (Ayaß et al. 2021, S. 10; Kaufmann 2003, S. 304; Lessenich 2003, S. 150, 216). Durch ihre „Rückkopplung von Sicherheitsansprüchen an das System der Erwerbsarbeit“ (Lessenich 2021, S. 453) erweist sie sich dabei als *asymmetrisch*.

¹² Die andere Dimension des Sozialeigentums stellen öffentliche Güter und Dienstleistungen dar (Castel 2005, S. 96).

5.2 Die zweite Differenzierungslinie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnung – Staatsbürger*innen/Nicht-Staatsbürger*innen

Mit der zweiten Differenzierungslinie und ihrer Unterscheidung von Staatsbürger*innen und Nicht-Staatsbürger*innen rückt ein Aspekt in den Blick, welcher in dem klassischen Aufsatz von Marshall (1987[1950]) zur Entwicklung der (Staats-) Bürger*innenschaft vorausgesetzt bzw. unterschlagen wird (Ferrera 2005, S. 38; Morris 2002, S. 4, 144). Deren Etablierung ging bzw. geht mit dem Ausschluss von Nicht-Staatsbürger*innen von den Leistungen der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung einher (Schauer 2023a, S. 370–377; Wagner 2018, S. 77). Die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung erweist sich entsprechend auch mit Blick auf ihre zweite Differenzierungslinie als eine *widersprüchliche* Ordnung - sie war und ist eine Form von „exklusiver Inklusion“ (Lessenich 2021, S. 462) bzw. „exklusiver [...] Solidarität“ (Lessenich 2020a, S. 123).

Dabei war zu Beginn der Etablierung der europäischen Wohlfahrtsstaaten die Staatsbürger*innenschaft (noch) nicht als Instrument sozialer Schließung von Bedeutung, vielmehr diente die Etablierung von wohlfahrtsstaatlichen Strukturen erst der Identifizierung der Menschen mit den Nationalstaaten (Ferrera 2005, S. 57). Dies zeigt sich auch mit Blick auf die Etablierungsphase des deutschen Wohlfahrtsstaats. So weist Kaufmann (2003, S. 269) auf die Intention Bismarcks hin, mit dem Sozialversicherungswesen für eine Integration der Arbeiter*innenschaft in den Nationalstaat zu sorgen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beginnen die europäischen Nationalstaaten damit, Regeln zum Erwerb ihrer Staatsbürger*innenschaft aufzustellen bzw. bestehende Regelungen zu verschärfen. Dies diente nicht zuletzt der Regulierung der Zugänglichkeit ihrer Wohlfahrtsstaaten (Ferrera 2016, S. 794). Die „Funktionsweise nationaler Staatsbürgerschaft als ein Modus sozialer Schließung“ (Mackert 1999, S. 43) wird aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg von zentraler Relevanz. Ohne die Staatsbürger*innenschaft des jeweiligen Landes war der Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten den Nicht-Staatsbürger*innen oft verwehrt. Dabei blieb die Bedeutsamkeit der Staatsbürger*innenschaft für soziale Rechte an das Territorium des jeweiligen Landes gebunden (Ferrera 2005, S. 74-75, 106). Allerdings stand bzw. steht das Sozialversicherungssystem grundsätzlich Nicht-Staatsbürger*innen offen, wobei sich hier Fragen hinsichtlich der Portabilität von Leistungen für vor allem Nicht-Europäer*innen ergaben bzw. ergeben. Insgesamt schreibt Lessenich (2020a, S. 126):

die soziale Demokratie der wohlfahrtskapitalistischen Demokratien [war] eine, die in den Grenzen des Nationalstaats operierte und soziale Berechtigung von Beginn an in nationalgesellschaftlichen Kategorien dachte – und auch kaum anders zu denken vermochte.

Dies galt insbesondere für Deutschland als konservative wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg (Sainsbury 2012, S. 55). Diese Exklusivität der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung ist im Zuge von Entwicklungen, die den inklusiven Charakter von Staatsbürger*innenschaft gegenüber seiner Exklusivität gestärkt haben (Joppke 2010, S. 31, 2021, S. 280), abgeschwächt worden. Zwei Entwicklungen sind hier von besonderer Relevanz. Auf der einen Seite ist hier die Liberalisierung der Staatsbürger*innenschaft zu nennen. In Deutschland wurde zum Anfang dieses Jahrhunderts das Prinzip *ius soli* neben *ius sanguinis* eingeführt, was den stark exklusiven Zugang zur Staatsbürger*innenschaft teilweise aufbrach (Joppke 2010, S. 42). Auf der anderen Seite hat die Bedeutung der Staatsbürger*innenschaft für die Verteilung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen an Relevanz verloren (Mau 2007). Als zentrales Beispiel hierfür kann der Zugang von EU-Bürger*innen zu nationalen Wohlfahrtsstaaten im europäischen Solidarraum gelten (Ferrera 2005, S. 49). Neben dem Wohnsitz wird vor allem die Erwerbstätigkeit der EU-Bürger*innen als Bezugspunkt bei der Gewährung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen genannt (Christensen und Malmstedt 2000). Jenseits der Architektur des europäischen Solidarraums war bzw. ist es vor allem die Lohnarbeit von Nicht-Staatsbürger*innen, welche den Zugang ermöglichte. Diese Generierung eines Anspruchs auf Leistungen durch Lohnarbeit weichte den besonders exklusiven Charakter konservativer wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnungen auf (Sainsbury 2012, S. 56, 65-66; siehe dazu den Begriff der "Earned Citizenship" bei Joppke 2021, Kapitel 3). Gleichzeitig zeigen die sozialen Rechte von Nicht-Staatsbürger*innen die fortwährende Relevanz der Staatsbürger*innenschaft für die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung auf. So lässt sich für Deutschland eine Einschränkung der sozialen Rechte für Nicht-Staatsbürger*innen in Relation zu Staatsbürger*innen in den letzten Jahrzehnten ausmachen (Harris und Römer 2022, S. 451, 453; Römer 2022, S. 509).¹³

¹³ Dabei lohnt an dieser Stelle ein differenzierter Blick auf die Nicht-Staatsbürger*innen. Dabei wird deutlich, dass unterschiedliche Gruppen von Nicht-Staatsbürger*innen abgestufte soziale Rechte besitzen (Römer 2022). Dies bedeutet eine Stratifizierung der Rechte unterschiedlicher Gruppen von Nicht-Staatsbürger*innen, wodurch die Gruppe der Nicht-Staatsbürger*innen hinsichtlich ihrer Rechte differenziert betrachtet werden muss (Morris 2002, S. 19, 152). So gibt es z.B. die Gruppe der Nicht-Staatsbürger*innen mit einem dauerhaften Aufenthaltsrecht, die den Staatsbürger*innen hinsichtlich ihrer sozialen Rechte gleichgestellt ist. Hiermit unterscheidet sie sich in zentraler Hinsicht von anderen Gruppen von Nicht-Staatsbürger*innen (Brubaker 1989, S. 156; Mau 2007,

Trotz der genannten Entwicklungen in Richtung einer Symmetrisierung der zweiten Differenzierungslinie lässt sich konstatieren, dass sich auch diese als fortwährend *asymmetrisch* darstellt. Insgesamt kann entsprechend dieser Rekonstruktion der zwei Differenzierungslinien von einer *asymmetrischen, einer nach außen in Teilen geschlossenen* Anerkennungsordnung gesprochen werden (Lessenich 2021, S. 462), die sich als durchaus persistent erweist. Entsprechend schreibt Lessenich (2012b, S. 113) auch:

Der Wohlfahrtsstaat, und zumal dessen deutsche Variante, ist ein Arrangement strukturell asymmetrischer Anerkennung entlang zweier maßgeblicher Ungleichheitsachsen, der industriellen und der nationalen – die ihrerseits wiederum strukturell verschränkt sind mit weiteren Ungleichheitsdimensionen wie Geschlecht.

Dabei zeigen die folgenden zwei Kapitel, dass eine Betrachtung der asymmetrischen Verfasstheit der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung an dieser Stelle nicht haltmachen kann. Das folgende Kapitel zeigt eine Vertiefung der Asymmetrie der ersten Differenzierungslinie. Das daran anschließende Kapitel macht deutlich, dass unsere Gegenwart maßgeblich von politischen Bewegungen geprägt ist, die einen auf Asymmetrisierung der zweiten Differenzierungslinie zielenden Schließungskampf führen.

S. 227). Entsprechend erfahren die unterschiedlichen Gruppen der Nicht-Staatsbürger*innen in unterschiedlicher Weise „inkludierende Exklusion bzw. exkludierende Inklusion“ (Raphael 2008, S. 35).

6. Schließung der ersten Differenzierungslinie & Einforderung der Schließung der zweiten Differenzierungslinie

6.1 Schließung der ersten Differenzierungslinie im Kontext der Hartz-Reformen

Die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung des keynesianischen Nachkriegskapitalismus, von Nachtwey (2016) als *soziale* Moderne bezeichnet, war durch ein spezifisches Verhältnis von Kommodifizierung und Dekommodifizierung gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der Hartz-Reformen eindrucklich.¹⁴ Die kommodifizierende Stoßrichtung wohlfahrtsstaatlicher Politiken wurde zwar nicht aufgehoben, gleichzeitig wurde Dekommodifizierung zur zentralen Zielstellung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnungen und zu einem (umfassenden) sozialen Recht (Dingeldey 2008, S. 315, 2011, S. 17–18), geachtet ihrer grundsätzlichen Unterschiedlichkeit (Esping-Andersen 1990). Die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung Deutschlands zeichnete sich durch ein mittleres Dekommodifizierungsniveau (Esping-Andersen 1990, S. 52) bzw. genauer ein „mittleres bis hohes Dekommodifizierungsniveau im Rahmen der Status sichernder Sozialleistungen“ (Dingeldey 2011, S. 329) aus. Konkret wurde dies im Rahmen eines dreistufigen sozialen Sicherungssystems (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe) im Falle der Erwerbslosigkeit folgendermaßen umgesetzt. Die erste Stufe stelle eine je nach Alter bis zu 32 Monate umfassende Zahlung von Arbeitslosengeld dar, deren Anspruch man über vorherige Sozialversicherungsbeiträge erwarb und deren Höhe sich am Einkommen in Zeiten der Erwerbstätigkeit orientierte. Auf der zweiten Stufe folgte eine unbefristete, weiterhin am individuellen Statuserhalt orientierte Zahlung von Arbeitslosenhilfe aus Steuermitteln. Konnten entweder die Leistungen des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe das Existenzminimum eines Haushaltes nicht sichern, kam als eine Art letztes Sicherungsnetz auf der dritten Stufe die Sozialhilfe als bedarfsgeprüfte, das Exis-

¹⁴ Die Hartz-Reformen stellen den zentralen Bestandteil der Agenda 2010 dar, die mehr umfasst als nur die Hartz-Reformen (Butterwegge 2014, S. 105, 119). Hartz-IV ist dabei als das „Herzstück der Agenda-2010-Reformen“ (Butterwegge 2014, S. 106) anzusehen. Dabei sei darauf hingewiesen, dass sich auf die Hartz-Reformen kapriziert wird, weil nur der Aspekt für den weiteren Argumentationsgang relevant ist. Die Verengung auf diesen Teilaspekt der Wohlfahrtsstaatsentwicklung ist entsprechend der Anlage der Arbeit geschuldet. Die damit verbundene Komplexitätsreduktion des Wohlfahrtsstaats ist ein Problem dieser Arbeit.

tenzminimum abdeckende Form sozialer Sicherung ins Spiel (Dingeldey 2011, S. 289–290). Der aktivierungspolitisch motivierte Um- und Abbau der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung, der unter Führung der zur *Marktsozialdemokratie* transformierten SPD (Nachtwey 2009) umgesetzt wurde, kann demgegenüber als „Paradigmenwechsel der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ (Hassel und Schiller 2010, S. 9) verstanden werden, der mit zu einer „Fundamentalrevision des Wohlfahrtsstaats der Nachkriegsjahrzehnte“ (Streeck 2018, S. 99) führte.¹⁵ Grundsätzlich lassen sich zwei Formen von aktivierender Sozial- bzw. Arbeitsmarktpolitik unterscheiden (Bonoli 2010, S. 436; Hassel und Schiller 2010, S. 184–185), die sich mit Dingeldey (2007, S. 824) als Workfare and Enablement fassen lassen. Konstitutiv für den Um- und Abbau der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung in Deutschland war die Schwerpunktsetzung auf Workfare (Dingeldey 2007, S. 845, 2008, S. 325), die als Re-Kommodifizierung begriffen werden muss (Brütt 2011, S. 94). Diese wurde begleitet von einer entsprechenden lohnarbeitszentrierten Moralökonomie der Aktivierung (Paulsen Hansen 2019, S. 175–176). Dabei lassen sich zwei Dimensionen dieser Re-Kommodifizierung als Teil einer umfassenderen „Vermarktlichung des Sozialstaats“ (Nullmeier 2004) ausmachen. Auf der einen Seite hatte der Umbau des skizzierten dreigliedrigen sozialen Sicherungssystems in ein zweigliedriges System (ALG I, ALG II/Hartz-IV) durch die de facto Abschaffung der Arbeitslosenhilfe¹⁶ als statussichernde Form der Dekommodifizierung einen solchen Effekt der Re-Kommodifizierung. Dies rührt daher, dass die „Transferleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit für die [...] Betroffenen nicht mehr statussichernd, sondern [...] bedarfsdeckend gestaltet wurden und somit stärker *kommodifizierend* wirkten“ (Hassel und Schiller 2010, S. 289, Hervorh. im Original). Auf der anderen Seite wurden Zumutbarkeitsregeln mit Blick auf die Aufnahme von Jobs verschärft inklusive Sanktionen bei Widersetzung (Blank 2010, S. 163, 171; Dingeldey 2011, S. 297–298), die in letzter Konsequenz mit zu einer Art „Bürgerpflicht zur Erwerbstätigkeit“ (Nullmeier 2005, S. 106) beitragen.

¹⁵ Lessenich (1999) sieht eine solche Vorstellung eines Paradigmenwechsels kritisch. Hintergrund hierfür ist der in Kapitel 5.1 skizzierte dialektische Zusammenhang von Kommodifizierung und Dekommodifizierung. Auf Basis dessen erscheinen die Hartz-Reformen eher als „Neujustierungen des Verhältnisses von kommodifizierender und de-kommodifizierender Sozialpolitik“ (Lessenich 1999, S. 427). Entsprechend erscheint auch Workfare als etwas immer schon Existentes (Lessenich 1999, S. 424). Den Hartz-Reformen, die um Workfare/Rekommodifizierung kreisen, tut dies in ihrer Bedeutsamkeit aber keinen Abbruch (eindrücklich Lessenich 2008).

¹⁶ Für eine solche Interpretation der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe siehe Butterwegge (2014, S. 74, 125–126). Gleichzeitig gab es bis in das Jahr 2011 eine Art Übergangsgeld zwischen dem Bezug von ALG und ALG II, das aber gleichzeitig nur eine Art „Residuum der früheren Arbeitslosenhilfe“ (Brütt 2011, S. 310) darstellte.

Insgesamt lässt sich mit Blick auf die „Liberalisierung des deutschen Wohlfahrtsstaats“ (Nachtwey 2009, S. 252) von einer Schließung der ersten Differenzierungslinie sprechen (Lessenich 2012b, S. 112). Während die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung der Nachkriegszeit durch ein relativ hohes Maß an Dekommodifizierung gekennzeichnet war, steht der aktivierungspolitisch motivierte Um- und Abbau des Wohlfahrtsstaats im Zeichen der Re-Kommodifizierung. So resümiert Lessenich (2012a, S. 46) mit Blick darauf: „Nie war der deutsche Sozialstaat lohnarbeitszentrierter als in den Zeiten und im Zeichen der ‚Aktivierung‘“. Schließung heißt hier: Anrecht auf die Leistungen bzw. bestehenden Ressourcen der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung haben nur diejenigen, die einer Lohnarbeit nachgehen bzw. sich um eine bemühen, während eine dekommodifizierte Existenz als erwerbsfähige Person kaum noch möglich ist. Dies kann in Anlehnung an die Theorie sozialer Schließung als soziale Ausschließung bezeichnet werden. Dies lässt sich mit Honneth als Form der Missachtung mit Blick auf Recht als Anerkennungsform verstehen (Honneth 1994a, S. 211). Insgesamt wurde die grundsätzlich asymmetrische wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung damit mit Blick auf die erste Differenzierungslinie *noch asymmetrischer*.¹⁷ Diese Form des Um- und Abbaus wohlfahrtsstaatlicher Solidarität stellt eine Form von Regression dar.

Aber was sind die Folgen der Schließung der ersten Differenzierungslinie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnung? Ausgangspunkt einer solchen Betrachtung kann die Charakterisierung der letzten zwei Dekaden als „entsicherte Jahrzehnte“ (Heitmeyer et al. 2020, S. 13) sein. Die Hartz-Reformen stellen hierfür ein Schlüsselereignis dar, durch das insbesondere Personen mit niedrigem ökonomischen und kulturellen Kapital soziale Krisenerfahrungen machen (Heitmeyer et al. 2020, S. 45; Heitmeyer 2012, S. 19). In eine ähnliche Richtung weist die Arbeit von Nachtwey (2016). Er konstatiert einen Übergang von der Aufstiegsgesellschaft der *sozialen* Moderne hin zu einer sich abzeichnenden Abstiegsgesellschaft der *regressiven* Moderne. Der Schließung der ersten Differenzierungslinie kommt dabei nach Nachtwey (2016, S. 96) eine zentrale Bedeutung zu: „Die Agenda-2010-Reformen markieren den Abschied von der sozialen Moderne“. Hintergrund für diese Zentralstellung der Hartz-Reformen für jenen Über-

¹⁷ Aus Sicht einer Kritischen Theorie als Sozialphilosophie kann die Asymmetrierung der ersten Differenzierungslinie als *Pathologie des Sozialen* verstanden werden. Ihre Identifizierung stellt die Kernaufgabe der Sozialphilosophie dar (Honneth 1994b, S. 10). Geht man von Honneths normativer Vorstellung von symmetrischer Anerkennung als gelingender Anerkennung aus (Bertram 2010, S. 125), die entsprechend eine positive Selbstentfaltung des einzelnen Subjekts erlaubt, lässt sich eine Asymmetrierung der immer schon asymmetrischen Anerkennungsordnung entsprechend als soziale Pathologie deuten, weil sie eben jene freiheitliche Selbstentfaltung der Subjekte (noch weiter) behindert (Honneth 1994b, S. 53–54; Jaeggi und Celikates 2017, S. 68).

gang zur *regressiven* Moderne ist, dass hiermit das etablierte Maß an wohlfahrtsstaatlicher Inklusion abgebaut wird (Amlinger und Nachtwey 2022, S. 99; Nachtwey 2016, S. 75). Konkret zeigt sich dies in der Reduktion der Bezugsdauer für Bezieher*innen von ALG I, je nach Alter, auf nur noch 12 Monate. Dies war verbunden mit der dargestellten de facto Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, woran sich direkt der Bezug einer nicht-statussichernden Grundsicherung in Form von Hartz-IV anschließt. Diese sich immer stärker durchsetzende „Gesellschaft des sozialen Abstiegs“ (Nachtwey 2016, S. 8) ist gekennzeichnet durch partielle Abstiege von Teilen der unteren Mittelklasse, viel stärker aber noch durch Abstiegsängste von großen Teilen der Gesellschaft, vor allem der Mittelklasse (Nachtwey 2016, S. 151-152, 165). Dies muss auch im Zusammenhang mit der Schließung der ersten Differenzierungslinie gesehen werden (Mau 2012, S. 93–94; Schimank et al. 2014, S. 39). Mit Lessenich (2018, S. 167) könnte man (zugespitzt) sagen: „Es geht [...] ein Gespenst um in Deutschland, das Gespenst des sozialen Abstiegs“. Während eine Deutung der Hartz-Reformen als „sozialrechtlicher Humus einer Gesellschaft der Angst“ (Butterwegge 2014, S. 239) als überzogen erscheint, so gibt es doch empirische Evidenz für den Zusammenhang von Hartz-Reformen und Abstiegsängsten (Mansel et al. 2006, S. 49).

Die weiteren Auswirkungen der Hartz-Reformen liegen in ihrem Beitrag zur „wachsenden Entsicherung und Prekarisierung der gesellschaftlichen Arbeit“ (Honneth 2023, S. 247). So lässt sich mit Castel die genannte Verringerung der Bezugsdauer von ALG I als Reduzierung des auf Lohnarbeit fußenden Sozialeigentums verstehen. Entsprechend der dargestellten Bedeutung des Sozialeigentums (siehe Kapitel 5.1) führt deren Reduzierung mit zu einer „Wiederkehr sozialer Unsicherheit“ (Castel 2009). Dabei ist diese Deutung nicht nur Produkt des theoretischen Rahmens von Castel. Mau et al. (2012, S. 676) heben vielmehr aus empirischer Sicht die zentrale Bedeutung des Wohlfahrtsstaats für (subjektive) sozioökonomische Unsicherheit hervor. Der zweite Aspekt ist die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen. Diese leisten auch ihren Beitrag zur Wiederkehr sozialer Unsicherheit. So schreibt Castel (2000, S. 282), dass die Lohnarbeit eben nicht nur die Grundlage, sondern auch „Achillesferse der sozialen Sicherung ist. Die Konsolidierung des Lohnarbeiterstatus ermöglichte die Blüte der sozialen Sicherung, während sein Prekärwerden erneut zu sozialer Unsicherheit führt“. Es ist ein Lohnarbeitsverhältnis als Normalarbeitsverhältnis, welches die Grundlage des Sozialeigentums darstellt (Castel 2011, S. 128). Mit Blick auf die Hartz-Reformen konstatiert Dingeldey (2011, S. 309, 314) nun, dass diese nicht auf die Schaffung von Normalarbeitsverhältnissen, sondern auf den Ausbau prekärer Erwerbsverhältnisse zielten. Hiermit „wandert prekäre Beschäftigung in die stabilen Zonen der Arbeitnehmergesellschaft. Sie verlässt – politisch gefördert – die Rand-

und Pufferzonen der Arbeitswelt“ (Vogel 2009, S. 206). Konkret haben die Hartz-Reformen über die De-Regulierung von Leiharbeit und die Liberalisierung von anderen atypischen Beschäftigungsformen zu dieser Entwicklung beigetragen (Nachtwey 2009, S. 218, 2016, S. 100). Diese erhöhen kurzfristig die sozioökonomische Unsicherheit und unterminieren langfristig das soziale Sicherheit spendende Sozialeigentum bzw. tragen nicht zu deren Aufbau bei. Insgesamt erscheinen die Personen mit niedrigem und mit Abstrichen auch mittlerem ökonomischen und kulturellen Kapital als diejenigen, die im Zuge der Schließung der ersten Differenzierungslinie in Teilen Krisenerfahrungen machen, Abstiegsängste ausbilden und sich wieder verstärkt mit sozioökonomischer Unsicherheit konfrontiert sehen.

6.2 Einforderung der Schließung der zweiten Differenzierungslinie im autoritären Nationalradikalismus

„Sie präferieren die Schließungen“ (Jörke und Nachtwey 2017, S. 163) – hiermit haben Jörke und Nachtwey die Einstellungen derjenigen charakterisiert, die in verschiedenen Dimensionen für Modi von Schließung eintreten und darin durch radikal rechte Parteien vertreten werden.¹⁸ Dabei kommt dem Wohlfahrtschauvinismus eine herausgehobene Bedeutung zu. Dieser zielt im Kern auf die stärkere Schließung der zweiten Differenzierungslinie (Staatsbürger*innen/Nicht-Staatsbürger*innen), ergo auf eine Asymmetrierung dieser Differenzierungslinie. Kurz gesagt: „the welfare services should be restricted to our own“ (Andersen und Bjørklund 1990, S. 212, Hervorh. im Original). Dabei sind zwei Aspekte wichtig. Zum einen ist das Verständnis von Staatsbürger*innenschaft ethno-kulturell grundiert (Kitschelt 1997, S. 23; Keskinen 2016, S. 355). Entsprechend wird sich auf *ius sanguinis* anstelle von *ius soli* bezogen. Zum anderen ist gleichzeitig ein differenziertes Verständnis des Wohlfahrtschauvinismus notwendig. So weisen Reeskens und van Oorschot (2012, S. 121; empirisch Mau und Mewes 2012, S. 139) daraufhin, dass nur eine Minderheit der europäischen Bevölkerung für eine vollständige

¹⁸ Dabei zeigt die sozialwissenschaftliche Forschung, namentlich Mau et al. (2020; 2023) für Deutschland und Lux et al. (2022) für europäische Länder, dass die bei Nachtwey/Jörke (und vielen anderen) vertretene Vorstellung einer sozialstrukturell grundierten Auseinandersetzung zwischen, vereinfacht gesagt, Öffnern und Schließern in den verschiedenen Dimensionen empirisch nicht haltbar ist. Vielmehr lässt sich eine „gewisse Eigenständigkeit“ (Lux et al. 2022, S. 197) der unterschiedlichen Dimensionen konstatieren, wobei die Frage der Öffnung bzw. Schließung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung klassenspezifisch grundiert ist. Im Folgenden wird sich in Übereinstimmung mit diesen Erkenntnissen dieser Dimension unter Berücksichtigung dieser klassenspezifischen Grundierung gewidmet. Dabei wird sich in Übereinstimmung mit Wright (2023, S. 31) für Verteilungskonflikte im Wohlfahrtsstaat auf die schon eingeführte Theorie sozialer Schließung bezogen. Für die Beschreibung der Klassenposition der Akteure wird sich am bourdieuschen Sozialraum orientiert. Dabei ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass andere sozialstrukturelle Merkmale dabei im Folgenden nicht näher betrachtet werden. Dies stellt eine weitere Limitation dieser Arbeit dar (siehe hierzu auch Fußnote 19 und das Fazit in Kapitel 8).

Schließung der zweiten Differenzierungslinie eintritt. Nuanciertere wohlfahrtschauvinistische Positionen sind der Regelfall. Insgesamt stellt der Wohlfahrtschauvinismus in einer mehr oder minder radikalen Form den „cornerstone of PRRP’s [Populist Radical Right Parties, d.Verf.] socio-economic policy agenda“ (Careja und Harris 2022, S. 213; siehe ähnlich Abts et al. 2021, S. 30, 34; Lefkofridi und Michel 2014, S. 20–21) dar.

Die politikwissenschaftliche Forschung hatte für die seit Ende der 1960er-Jahre aufgetretenen radikal rechten Parteien eine Mischung aus marktliberalen Positionen und einem ethno-kulturell grundierten Verständnis von Staatsbürger*innenschaft als ‚Winning Formula‘ herausgearbeitet. Wohlfahrtschauvinistische Positionen spielten eine untergeordnete Rolle (Kitschelt 1997, S. 19-20, 42, 275). Mit Blick auf die Gegenwart wird wiederum eine Veränderung der „Kombination von Nationalismus und Neoliberalismus“ (Schäfer und Zürn 2021, S. 80) beobachtet. So wird in der Tendenz eine stärkere Ausrichtung hin zu Pro-Welfare Positionen in Verbindung mit der Zentralstellung von Wohlfahrtschauvinismus festgestellt (Afonso und Rennwald 2018, S. 172; Gingrich und Häusermann 2015, S. 61). Dies wird auch von den Autoren des ‚Winning Formula‘ gesehen (Kitschelt 2007, S. 1183). Für den autoritären Nationalradikalismus und seine Unterstützer*innen zeigt sich eine Zentralstellung des Wohlfahrtschauvinismus (grundsätzlich Heitmeyer et al. 2020, S. 18, 111; zur AfD Fenger 2018, S. 203; Goerres et al. 2018, S. 261; Jessoula et al. 2022, S. 462; zu PEGIDA Nachtwey 2016, S. 219).

Im Einklang mit Mudde (2007, S. 132) zeigt sich hierbei, dass die Pro-Welfare Ausrichtung für die AfD als parteipolitische Manifestation des autoritären Nationalradikalismus und ihre Wähler*innen nicht gilt. Insgesamt lässt sich die AfD mit Biskamp (2022, S. 56–57) als eine marktliberale Partei charakterisieren. Mit Blick auf die erste Differenzierungslinie wird dabei deutlich, dass sie für eine „teilweise Rückabwicklung der Hartz-Reformen“ (Manow 2020, S. 38) in Form der skizzierten Liberalisierungen des Arbeitsmarktes eintritt. Gleichzeitig zeigt sich, dass sie die rekonstruierte Re-Kommodifizierung durch die Hartz-Reformen nicht verändern will, sondern dies und die lohnarbeitszentrierte Moralökonomie der Aktivierung eher befürwortet (Jessoula et al. 2022, S. 459; Paulsen Hansen 2019, S. 196). Dies steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass die AfD in Relation zu den anderen deutschen Parteien in geringstem Umfang positiv auf Wohlfahrtsstaatsexpansionen rekurriert (Enggist und Pinggera 2022, S. 114–115). Ähnliches gilt für die Wähler*innen der AfD. Diese sind als Verfechter*innen eines „*particularistic-authoritarian model of welfare state*“ (Busemeyer et al. 2022, S. 78, Hervorh. im Original) zu verstehen. Entsprechend befürworten sie auch eher die auf Re-Kommodifizierung abzielenden Workfare-Politiken (Busemeyer et al. 2022, S. 89).

Bettet man nun diese Feststellungen in den Inhalt der vorherigen Kapitel ein, so ergibt sich folgendes Bild: Der autoritäre Nationalradikalismus ist aus Sicht einer Politischen Soziologie sozialer Ungleichheit als politischer Akteur zu verstehen, der sich am moralökonomischen Ringen um die Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung und deren Ungleichheitsrelationen beteiligt. Dabei macht er *Politik mit der Solidarität*, in Form *exklusiver(er) Solidarität* (Lessenich 2020b, S. 127). Er führt einen auf soziale Ausschließung zielenden Schließungskampf, in dem er auf die Staatsbürger*innenschaft als Modus bzw. Instrument sozialer Schließung zurückgreift, um die bestehende asymmetrische Anerkennungsordnung *noch asymmetrischer* zu gestalten. Kurz: Er zielt auf die *Asymmetrierung* der asymmetrischen wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung ab. Dies soll zum Ziel des autoritären Nationalradikalismus einer „ethnisch homogenen, völkisch geschlossenen Gesellschaft“ (Heitmeyer et al. 2020, S. 291) beitragen. Gleichzeitig ist kein solidaristischer Kampf um Anerkennung für die Öffnung der ersten Differenzierungslinie zu erkennen. Insgesamt lässt sich damit neben der *Einforderung der Asymmetrierung der zweiten Differenzierungslinie* eben *keine Einforderung der Symmetrisierung der ersten Differenzierungslinie* konstatieren. Der autoritäre Nationalradikalismus zielt entsprechend auf eine regressivere Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung bzw. eine Stabilisierung der stattgefunden Regression ab.

Aber ist diese Einforderung der Schließung der zweiten Differenzierungslinie durch die Schließung der ersten Differenzierungslinie (mit-)bedingt?¹⁹ Zur Erinnerung: Die (neo-weberianische) Theorie sozialer Schließung postuliert (Kapitel 4), dass soziale Ausschließung die gängige Reaktionsweise auf eigene Erfahrungen sozialer Ausschließung darstellt. Eine solche Form der sozialen Schließung in Gestalt des Wohlfahrtschauvinismus wird durch den autoritären Nationalradikalismus popularisiert, dessen Grundlage entsprechende Positionen der individuellen Akteure sind.

An dieser Stelle sei eine Vorbemerkung erlaubt. In Übereinstimmung mit der skizzierten Moralökonomie der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung zeigt die Forschung, dass die europäischen Bevölkerungen in geringem Umfang bereit sind wohlfahrtsstaatliche Solidarität gegenüber Immigrant*innen/Nicht-Staatsbürger*innen zu üben (van Oorschot 2006, S. 29, 37; 2008, S. 9, 12). Darüber hinaus kann als gesichertes Erkenntnis gelten, dass unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Regime mit anderen Niveaus an Wohlfahrtschauvinismus einhergehen. In

¹⁹ An dieser Stelle sei mit Nachdruck darauf verwiesen, dass für diese Arbeit keine eigene empirische Analyse dieses Zusammenhangs durchgeführt wurde. Es findet ausschließlich eine Rezeption von Sekundärliteratur statt. Die damit verbundenen Probleme hinsichtlich der Aussagekraft des dargestellten Zusammenhangs stellen eine wesentliche Schwachstelle dieser Arbeit dar (siehe hierzu auch das Fazit in Kapitel 8).

sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten vertreten die Bevölkerungen in geringerem Umfang wohlfahrtschauvinistische Positionen als in liberalen bzw. konservativen Wohlfahrtsstaaten (Mau und Burkhardt 2009, S. 223, 225; van der Waal et al. 2013, S. 176). Entsprechend lässt sich für die deutsche Bevölkerung grundsätzlich ein gewisses Niveau an wohlfahrtschauvinistischen Positionen konstatieren (Mau et al. 2020, S. 331). Mit Blick auf den interessierenden Zusammenhang müsste sich zeigen, dass Hartz-Reformen und ihre Auswirkungen (Kapitel 6.1) in zentraler Weise zur Bildung wohlfahrtschauvinistischer Positionen bzw. zu deren Verstärkung beitragen. Einen solchen Zusammenhang legt z.B. Schauer (2023b, S. 15) indirekt (!) nahe, wenn sie auf die Verarbeitung von sozialen Abstiegsängsten als Produkt von Krisenerfahrungen über Formen sozialer Ausschließung erweist. Ebenso müsste sich zeigen lassen, dass es die von den Auswirkungen der Schließung der ersten Differenzierungslinie besonders betroffenen Klassenfraktionen sind, die wohlfahrtschauvinistische Positionen aufweisen und aus denen sich die Unterstützer*innen des autoritären Nationalradikalismus rekrutieren.

Insgesamt zeigt sich mit Blick auf den Zusammenhang von Hartz-Reformen und wohlfahrtschauvinistische Positionierungen kein eindeutiges Bild. In der Literatur werden verschiedene Erklärungen für wohlfahrtschauvinistische Positionen genannt (u.a. Careja und Harris 2022). Neben der Entwicklung des ökonomischen Kontextes und kulturellen Faktoren, wie autoritären Wertvorstellungen (Crepaz 2020), wird vor allem auf die Bedeutung von objektiver bzw. subjektiver Prekarität/sozioökonomischer Unsicherheit hingewiesen (Greve 2019, S. 64). Mau und Mewes (2012, S. 120) schreiben mit Blick auf diese Erklärungsweise:

According, to the former explanation, it is either the real or the perceived competition over scarce and valued resources that drives the desire to exclude immigrants. Hence, individuals, in precarious socio-economic situations are expected to be more prone to welfare chauvinism.

Empirische Arbeiten bestätigen dies, so wird in der Literatur vor allem auf die Bedeutung subjektiver sozioökonomischer Unsicherheit für die (Aus-)Bildung wohlfahrtschauvinistischer Positionen verwiesen (Bell et al. 2023, S. 310; Duman 2023, S. 1057, 1060; Mau und Mewes 2012, S. 149; Heizmann et al. 2018, S. 10, 13; Kros und Coenders 2019, S. 869). Zwar lässt sich bisher ähnliches (nach bestem Wissen des Autors) nicht für Abstiegsängste und wohlfahrtschauvinistische Positionen sagen, gleichzeitig wird aber deutlich, dass perzipierte Statusverluste bzw. Statusängste sich positiv auf die Wahl (populistischer) radikal rechter Parteien auswirken (Im et al. 2023; Sachweh 2020). Betrachtet man nun die Klassenposition derjenigen in Deutschland, die wohlfahrtschauvinistische Positionen beziehen, ergibt sich folgendes Bild.

Personen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen sowie mit niedrigen und mit Abstrichen auch mittleren Einkommen sind es, die sich positiv hinsichtlich einer Schließung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung positionieren (Mau et al. 2020, S. 335–336; Mau et al. 2023, S. 132, 156). Dies deckt sich weitestgehend mit denjenigen, die eine Absicht zur Wahl der AfD äußern (Klein et al. 2022, S. 206–207; Lux 2022, S. 86), ihren Wähler*innen (Niedermayer 2020, S. 120–121; Weßels 2019, S. 196, 198; Heinze 2023, S. 193) und den Unterstützer*innen von PEGIDA (Berth et al. 2020, S. 105–106).²⁰ Im Einklang damit lässt sich zeigen, dass Prekarität sich nicht nur positiv auf wohlfahrtschauvinistische Positionen auswirkt, sondern auch zu einer Unterstützung des autoritären Nationalradikalismus führt. So arbeitet Im (2021) heraus, dass Personen mit wohlfahrtschauvinistischen Positionen stärker zur Wahl radikal rechter Parteien tendieren, wenn sie sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden. Diese Erkenntnisse stehen insgesamt im Einklang mit der grundsätzlichen Bedeutung des Wohlfahrtsstaats für das Ausmaß an sozioökonomischer Unsicherheit, z.B. der subjektiven Jobunsicherheit durch die Regulierung des Arbeitsverhältnisses (Chung und Mau 2014, S. 307). Dessen Moderationsfunktion hinsichtlich sozioökonomischer Unsicherheit ist von zentraler Bedeutung für die Unterstützung von radikal rechten Parteien (Vlandas und Halikiopoulou 2022).

Gleichzeitig ist das Bild mit Blick auf den Zusammenhang von Hartz-Reformen und wohlfahrtschauvinistischen Positionen eben nicht eindeutig. So erweist sich das Niveau an wohlfahrtschauvinistischen Positionen in den letzten beiden Dekaden als relativ konstant (Lux und Gülzau 2022, S. 174–175; Mau et al. 2023, S. 124). Außerdem lässt sich den Hartz-Reformen jeweils ein Rückgang (der auf Jobverlust zentrierten) Abstiegsängste (Lengfeld und Ordemann 2017, S. 176–177) sowie der subjektiven Jobunsicherheit als Indikator für sozioökonomische Unsicherheit (Manning und Mazeine 2020, S. 8, 21) feststellen. Dies muss im Zuge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im Nachgang der Hartz-Reformen gesehen werden. Ein solcher positiver ökonomischer Kontext ist nicht nur von Bedeutung für das Ausmaß an subjektiver sozioökonomischer Unsicherheit, sondern auch bedeutsam für die Nicht-Ausprägung wohlfahrtschauvinistischer Positionen (Mau et al. 2012, S. 676; Mau und Mewes 2012, S. 148).

²⁰ Auf zwei Punkte sei an dieser Stelle hingewiesen. Dies bedeutet nicht, dass keine Angehörigen der Oberklasse Unterstützer*innen des autoritären Nationalradikalismus sind. Ebenso bedeutet es nicht, dass die Hinwendung zum autoritären Nationalradikalismus die zentrale politische Entwicklung der vor allem Arbeiter*innenklasse darstellt. Westheuser (2021, S. 340; siehe für Deutschland auch Elsässer 2018) hält dazu prägnant fest: „The most important trend in the political behavior of workers is not their shift to the right, but their far-reaching exclusion from politics“.

7. Kritische Perspektive auf Honneths Anerkennungstheorie

Zur Vergegenwärtigung sollen an dieser Stelle die wichtigsten Punkte der bisherigen Arbeit kurz zusammengefasst werden. Die Rekonstruktion der zwei Differenzierungslinien der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung Deutschlands machte deutlich, dass es sich um eine fortwährend asymmetrische Anerkennungsordnung handelt. Die Betrachtung der Veränderung der ersten Differenzierungslinie im Rahmen der Hartz-Reformen ergab, dass diese als Schließung/Asymmetrierung der ersten Differenzierungslinie zu verstehen ist. Die Betrachtung des autoritären Nationalradikalismus machte im Anschluss deutlich, dass dieser einen auf soziale Ausschließung zielenden Schließungskampf in Bezug auf die zweite Differenzierungslinie führt. Dabei wurde auch deutlich, dass es (nicht eindeutige) Hinweise dafür gibt, dass die für Unterstützer*innen dieses Schließungskampfes kennzeichnenden wohlfahrtschauvinistischen Positionen im Kontext der Folgen der Schließung der ersten Differenzierungslinien gesehen werden müssen. Gleichzeitig führt dieser keinen solidarischen Kampf um Anerkennung mit Blick auf die erste Differenzierungslinie. Insgesamt zielt er auf die Stabilisierung stattgefundenener Asymmetrierung bzw. Regression. Ruft man sich an dieser Stelle die Fragestellung der Arbeit in Erinnerung, so zeigt sich, dass die gerade skizzierten Erkenntnisse nun auf ihre Eignung für eine Kritische Perspektive auf Honneths Anerkennungstheorie hin geprüft werden sollen. Dies geschieht im Folgenden systematisch entlang der in der Fragestellung genannten und bisher in der Arbeit herausgearbeiteten Erkenntnisse.

Produktiver Ausgangspunkt kann die Unterscheidung zwischen positiven und negativen Theorien der Anerkennung sein (Jaeggi 2009), wonach Honneths Theorie gemeinhin als positive Anerkennungstheorie verstanden wird. Gemeinsam haben positive und negative Anerkennungstheorien, dass sie von der Unmöglichkeit der Konstitution der Individualität eines Subjekts jenseits des Sozialen ausgehen (Jaeggi 2009, S. 4). Kennzeichnend für die positiven Anerkennungstheorien ist ein bisweilen „inhärentes telos wechselseitig-symmetrischer Anerkennung“ (Jaeggi 2009, S. 4–5; kritisch hierzu auch Rancière 2016, S. 94–95). Dies verweist auf den in Kapitel 2 rekonstruierten dialektischen Charakter von Anerkennung: „Das in der Dialektik der Anerkennung organisch eingebaute Telos der Wechselseitigkeit wurde in der Anerkennungstheorie zu einem der wesentlichen Gedanken“ (Kuch 2013, S. 61). Dieser teleologische Gedanke führt dazu, dass Honneth asymmetrische Anerkennungsordnungen als „defizi-

täre Durchgangsstadien auf dem Weg zum Ziel gelingender Anerkennung“ (Jaeggi und Celiakates 2017, S. 70) denkt. Dies konfliktiert mit der Persistenz der Asymmetrie wohlfahrtsstaatlicher Anerkennungsordnung.

Grundsätzlich lässt sich die Etablierung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung als Kampf der Arbeiter*innenbewegung um Anerkennung verstehen (Voswinkel 2013, S. 18, 20). Dieser ging mit sozialer Ausschließung, sei sie nun geschlechtsspezifisch oder ethnisch, einher. Auf Basis dieser Asymmetrie der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung haben in den letzten Dekaden u.a. Kämpfe um Anerkennung von Nicht-Staatsbürger*innen stattgefundenen (Foroutan 2019). Dies hat in Verbindung mit den in Kapitel 5.2 herausgearbeiteten Entwicklungen zu einer Symmetrisierung beigetragen. Gleichzeitig stellt sich der Wohlfahrtsstaat eben nicht als symmetrische Anerkennungsordnung dar, vielmehr ist er durch eine Persistenz von Asymmetrie gekennzeichnet. Diese Persistenz verkennt Honneth mit der Zielvorstellung symmetrischer Anerkennungsbeziehungen und der Vorstellung von asymmetrischen Anerkennungsordnungen als nur Instanziierungen von schlussendlich gelingenden, sprich symmetrischen Anerkennungsordnungen.

Besonders problematisch wird dies, wenn man sich die dargestellten Veränderungen der ersten Differenzierungslinie im Kontext der Hartz-Reformen vor Augen führt. Hier wird deutlich, dass man mit Blick auf die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung nicht nur eine fortwährende Asymmetrie konstatieren muss, sondern eben auch eine Asymmetrierung stattgefunden hat. Honneth sieht zwar die neoliberale Umgestaltung der verschiedenen gesellschaftlichen Sphären und die damit verbundenen Regressionen (Honneth 2011a, S. 317, 457; siehe hierzu auch Fazio 2019, S. 649), vermag diese gleichzeitig aber nicht angemessen zu fassen. Solinas (2019, S. 657, Hervorh. im Original) konstatiert hierzu, dass Honneth dort „the greatest need of theoretical assistance [habe], where instead of declaring more or less discontinuous progress, the analysis has to deal with stasis or regression of particular normative orders“.

Gleichzeitig zeigt sich im Rahmen seiner Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen europäischen Anerkennungs Traditionen, dass er durchaus die Potentiale der Theorie sozialer Schließung sieht. In dieser Auseinandersetzung ist die zentrale Erkenntnis zwar, dass er eine Vorrangstellung der deutschen Theorietradition von Anerkennung postuliert. Dabei wird aber auch auf die Fruchtbarkeit der teilweisen Zusammenführung der unterschiedlichen Traditionen verwiesen, weil die von Hegel geprägte deutsche Tradition Schwächen aufweist (Honneth 2018, S. 198, 226). Im Rahmen der Diskussion der Fruchtbarkeit der französischen Traditionslinie weist Honneth (2018, S. 228) auf den Weberschen Begriff der sozialen Schließung hin. Mit diesem ließe sich der Ausschluss bestimmter Gruppen aus Anerkennungsbeziehungen bzw. -

ordnungen aus seiner Sicht angemessen fassen. Honneth sieht also grundsätzlich die Relevanz der Theorie sozialer Schließung, greift diese aber bisher nicht weiter auf. Hiermit entgeht ihm eine angemessene Fassung der Veränderung der ersten Differenzierungslinie. Es bleibt der Eindruck, wonach die regressivere Ausgestaltung von Anerkennungsordnungen quer zu seinen Vorstellungen liegt und von ihm nicht wirklich erfasst werden kann.

Neben der fehlenden Einkalkulierung der Persistenz von asymmetrischen Anerkennungsordnungen und deren Asymmetrierung ist vor allem die nicht ausreichende theorieimmanente Erfassung von regressiven sozialen Kämpfen problematisch (Solinas 2019). Einen solchen Kampf führt der autoritäre Nationalradikalismus mit seinem auf soziale Ausschließung zielenden Schließungskampf für die Schließung der zweiten bzw. Stabilisierung der Schließung der ersten Differenzierungslinie. Dieser Kampf stellt eben keinen „Kampf um Anerkennung als Movens moralischen Fortschritts“ (Iser 2011, S. 220) dar, vielmehr ist er als ein Konterpart eines fortschrittlichen Kampfes um Anerkennung zu verstehen, den Honneth nur oberflächlich zu erfassen vermag.

So weist Lepold (2021, S. 91) grundsätzlich auf zwei theoretische Passagen bei Honneth hin, in denen auf regressive Anerkennungskämpfe hingewiesen wird. Während die eine Passage (Honneth 1994a, S. 270) nur den (richtigen) Hinweis auf die Möglichkeit von regressiven Motiven in Anerkennungskämpfen enthält, ist die zweite Passage (Honneth 2000, S. 107–108) schon aufschlussreicher. Hier macht Honneth (wieder richtigerweise) am Beispiel neonazistischer Jugendlicher den Punkt, dass es zu kurz gesprungen ist, von Missachtungserfahrungen auf eine fortschrittliche Stoßrichtung ihres Kampfes zu schließen. Gleichzeitig sind die möglichen regressiven Anerkennungskämpfe, auf die Honneth dann hinweist, physisch gewalttätige Auseinandersetzungen. An anderer Stelle weist er grundsätzlich auf die bei ihm als Rechtspopulismus firmierende regressive gesellschaftliche Bewegung hin, ohne auf deren Hintergründe einzugehen (Honneth 2019, S. 700). Eine gesamtgesellschaftliche Bewegung scheint entsprechend durchaus möglich, gleichzeitig lässt sich eine solche Bewegung und (deren Hintergründe) mit Honneth nicht fassen.

So greift er hinsichtlich der Erfassung dieser regressiven Bewegung nicht auf das begriffliche Instrumentarium einer Theorie sozialer Schließung zurück, auch wenn er deren Potential an anderer Stelle durchaus gesehen hat. Hiermit entgeht ihm einerseits eine adäquate Erfassung der Stoßrichtung des autoritären Nationalradikalismus, während bei ihm andererseits die Reaktion auf soziale Ausschließung mit sozialer Ausschließung mindestens aus dem Blick gerät. Er sieht zwar Ausschließung mit Blick auf Recht als Anerkennungsform als Form der Missachtung (Kapitel 6.1.), gleichzeitig denkt er diese Missachtungserfahrungen, abgesehen von

der eben genannten Ausnahme, als Ausgangspunkt für einen fortschrittlichen Kampf um Anerkennung (Kapitel 2). Diese mit Blick auf seine teleologische Ausrichtung nachvollziehbare Annahme geht mit dem Verlust der Möglichkeit für die Akteure einher *mit* sozialer Ausschließung *auf* soziale Ausschließung zu reagieren.

Dies mag nicht weiter verwundern, denn regressive Bewegungen spielen letztlich keine Rolle in seiner Theorie. So spricht Kempf (2018, S. 37) davon, dass Honneths Theorie „jeder gesellschaftliche Gegenspieler abhandengekommen [zu sein] scheint“. Dies ist besonders deshalb problematisch, weil u.a. Jaeggi (2017, S. 217) auf regressive Bewegungen, wie sie der autoritäre Nationalradikalismus darstellt, als Zeichen unserer Zeit verweist. Dies mag nicht zur Vorstellung Honneths passen, fortschrittliche Kämpfe um Anerkennung als zentralen Gegenstand der geschichtlichen Entwicklung aufzufassen. Gleichzeitig sieht Honneth (2011b, S. 38) in der Gegenwart eine Entwicklung hin zu einem Abschied von Kämpfen um Anerkennung, was er als „Verwilderung des sozialen Konflikts“ begreift. Unterdessen sehen Kempf (2019b, S. 270) und Celikates (2019, S. 214–215), dass Honneth in seinen jüngeren Arbeiten (siehe Fußnote 5) letztlich auch theoretisch die auf Fortschritt zielenden sozialen Akteure und Kämpfe um Anerkennung abhandeln. Ein Gegenspieler der fortschrittlichen Kämpfe um Anerkennung bleibt seiner Theorie dabei konstant verlustig.

Dabei verweist dieser fehlende Gegenspieler in Honneths Anerkennungstheorie auf die grundsätzliche Negierung der Konflikthaftigkeit von Anerkennungsverhältnissen. Diese wurde insbesondere für Honneths positive Anerkennungstheorie konstatiert (Jaeggi und Celikates 2017, S. 75). Diese läuft der Vorstellung der Sozialphilosophie, die „das Soziale als konfliktuelles Terrain“ (Fischbach 2016, S. 111) betrachtet, zuwider. So verweisen Bertram und Celikates (2015, S. 842; siehe hierzu im Ansatz auch Siep 2009, S. 197) auf die fehlende Einpreisung der Konfliktivität von etablierten Anerkennungsbeziehungen.

Dies kann insbesondere mit Blick auf moralökonomisch fundierte Anerkennungsbeziehungen des Wohlfahrtsstaats als problematisch gelten.²¹ Anerkennungsbeziehungen müssen in Abgrenzung zu dieser Vorstellung vielmehr als grundsätzlich konfliktiv verstanden werden: „relations of recognition are constituted (actualized) precisely in and through conflicts“ (Bertram und Celikates 2015, S. 852).

Diese Abstraktion von der Konfliktivität in Zusammenhang mit der teleologischen Ausrichtung führt letztlich dazu, dass der Handlungsspielraum für die politischen Akteure relativ klein

²¹ Teixeira (2017, S. 602) weist darauf hin, dass sich Honneth mit seinem zweiten Hauptwerk „Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit“ von seinem ursprünglichen Anschluss an E.P. Thompson und der von ihm herausgearbeiteten Moralökonomie der Arbeiter*innenklasse entfernt.

bleibt (Celikates 2021, S. 265). Entsprechend wird für die Konflikte eine fortschrittliche Stoßrichtung in Richtung symmetrischer Anerkennungsverhältnisse angenommen. Dies problematisierend schreibt Celikates (2007, S. 221) an anderer Stelle:

Die Deutung von sozialen Konflikten im Sinne einer in ihnen stattfindenden fortschreitenden Realisierung einer schon in den defizientesten Anerkennungsverhältnissen angelegten Logik der symmetrischen Anerkennung unter Gleichen nimmt mit der Unterstellung einer quasi-teleologischen Bewegung den Konflikten ihre Konflikthaftigkeit und Eigenlogik.

Diese progressive Stoßrichtung, die sich laut Honneth in den Kämpfen um Anerkennung durchsetzt, kann mit Lepold (2019, S. 256) dann auch eher als normative Aussage, denn als Beschreibung der sozialen Realität interpretiert werden. Insgesamt scheint seine Theorie „philosophische Schlagseite“ (Celikates 2009, S. 193) zu haben. Kempf hält dem aus Sicht einer Kritisch-sympathisierenden Perspektive auf Honneths Anerkennungstheorie (Kempf 2017, S. 70; siehe hierzu vor allem auch 2019a) eine andere Vorstellung der sozialen Realität inklusive inhärenter Konflikthaftigkeit und Gegenspieler entgegen:

Der Kampf und der Konflikt, der gerade Honneth zufolge ja die Gesellschaftsentwicklung antreibt, muss präzise als Kampf, als Konflikt selbst ernst genommen werden [...]. Das heißt, er muss als reibungsreiches [...] Geschehen zwischen verschiedenen sozialen Akteuren, Interessen und Weltansichten überhaupt erst einmal in den Blick geraten, statt wie bisher als ein eigentümliches Geschehen ohne konkretes Gegenüber konzipiert zu werden - so als müsste sich das kämpfende Moment bloß gegen die politisch unspezifische Trägheit der gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung Fortschritt durchsetzen.

Dabei sind wir mit dem Verweis auf die Frage des Fortschritts am letzten Punkt angekommen und sind gleichzeitig beim Ausgangspunkt der Betrachtung in Form der teleologischen Ausrichtung. „Honneths moralische Fortschrittsgeschichte“ (Bedorf 2010, S. 110) mit der Zielvorstellung wechselseitig symmetrischer Anerkennungsverhältnisse verkennt bzw. ist nicht dazu in der Lage, die Persistenz und Asymmetrierung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung und regressive Kämpfe, um diese angemessen zu fassen. Dies mag nicht verwundern, denn diese Entwicklungen laufen den ihm attestiertem „progressiven, developmentalistischen Geschichtsverständnis“ (Allen 2019, S. 34) zuwider. Zu diesem Schluss lässt sich abschließend mit Kempf (2018, S. 39) kommen, der für Honneth „ein quasi-evolutionäres, [...] unpolitisches [...] Geschichtsverständnis, das genau diese Gegenstrebigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen ausblendet“, konstatiert.

8. Fazit

In dieser Arbeit stand aus Sicht einer Kritischen Perspektive auf Honneths Anerkennungstheorie die Frage im Raum, inwiefern sich die Kontinuität und Veränderung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung sowie der um sie geführte Kampf des autoritären Nationalradikalismus und dessen Hintergründe als Anschauungsbeispiel für eine solche Perspektive eignen. Den Ausgangspunkt bildete eine Einführung in die Anerkennungstheorie als Kritische Theorie. Aus Sicht einer Kritischen Theorie des Wohlfahrtsstaats wurde die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung als durch zwei Differenzierungslinien gekennzeichnete Ordnung verstanden. Die Theorie sozialer Schließung stellte den begrifflichen Instrumentenkasten für die nachfolgende Analyse bereit. In einem ersten Schritt wurde die Persistenz der Asymmetrie der in Teilen nach außen geschlossenen Anerkennungsordnung herausgearbeitet. Den zweiten Schritt bildete eine Betrachtung der Veränderung der wohlfahrtsstaatlichen Anerkennungsordnung im Zuge der Hartz-Reformen, deren re-kommodifizierender Charakter als Schließung der ersten Differenzierungslinie bzw. soziale Ausschließung verstanden wurde. Im dritten Schritt wurde für den autoritären Nationalradikalismus ein auf soziale Ausschließung zielender Kampf für die Schließung der zweiten Differenzierungslinie herausgearbeitet. Dabei zeigte sich, dass es sowohl positive als auch gegenläufige Hinweise dafür gibt, die wohlfahrtschauvinistischen Positionen ihrer Anhänger*innen auf ihre soziale Ausschließung im Kontext der Schließung der ersten Differenzierungslinie und deren Folgen zu sehen. Diese vier zentralen Aspekte dieser Arbeit wurden abschließend für eine Kritische Perspektive auf Honneths Theorie verwendet. Dies ermöglicht folgende Beantwortung der Fragestellung: Die Kontinuität, Veränderung und der Kampf um die wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung eignen sich zur Anschauung. Honneth erkennt die Persistenz der Asymmetrie von Anerkennungsordnungen, vermag deren Asymmetrierung nicht angemessen zu fassen und negiert theorieimmanent weitgehend regressive gesellschaftliche Bewegungen und deren Hintergründe. Während eine persistent asymmetrische wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung bei ihm nur als Durchgangsstation auf dem Weg zum Ziel symmetrischer Anerkennungsverhältnisse erscheint, liegt eine Asymmetrierung der ersten Differenzierungslinie quer zu seiner Vorstellung eines weitestgehend kontinuierlichen Fortschritts, die mit dem Verlust der Fähigkeit einhergeht, gegenläufige Entwicklungen angemessen zu erfassen. Als theorieimmanent problematisch erweist sich hierbei auch die Negierung der Konflikthaftigkeit von Anerkennungsverhältnissen, Honneths Theorie fehlt der gesellschaftliche Gegenspieler. Ein solcher Gegenspieler kommt in Gestalt des autoritären

Nationalradikalismus daher. Dessen Hintergründe negiert Honneth weitestgehend, wenn er Missachtungen, wie z.B. die Ausschließung von bestimmten Rechten, weitestgehend als Ausgangspunkt für progressive Kämpfe um Anerkennung denkt. Insgesamt erweist sich Honneths Anerkennungstheorie, gebunden durch seine teleologisch geprägte Fortschrittsvorstellung, als Kritische Theorie *mit* philosophischer Schlagseite (Celikates 2009, S. 193).

Wirft man nun einen Blick auf die Anregungen aus der Literatur, die diese Arbeit inspiriert haben, so zeigt sich, dass sich eine Verwendung der Theorie sozialer Schließung als fruchtbar für die Analyse radikal rechter Bewegungen erwiesen hat. Dies gilt allerdings nur eingeschränkt für die Postulierung eines Zusammenhangs zwischen sozialer Ausschließung und einer gleichlautenden Reaktion hierauf. Hinsichtlich der Aussagekraft der Erkenntnisse sollte dabei immer mit bedacht werden, dass keine eigene empirische Analyse des möglichen Zusammenhangs durchgeführt wurde. So muss letztlich offenbleiben, ob die Bildung/Verstetigung wohlfahrtschauvinistischer Positionen der Unterstützer*innen des autoritären Nationalradikalismus zentral auf die Schließung der ersten Differenzierungslinie rückführbar ist. Des Weiteren lässt sich kritisch festhalten, dass die Betrachtung des Aufstiegs des autoritären Nationalradikalismus allein mit Blick auf die Attraktivität des Wohlfahrtschauvinismus und wohlfahrtsstaatlichen Reformauswirkungen stark komplexitätsreduzierend ist. Diese beiden Punkte stellen die zentralen Limitationen dieser Arbeit dar. Zukünftige Forschung könnte neben einem Angang der genannten Limitationen auch eine qualitative Ausleuchtung der moralischen Grammatik der Schließung der ersten Differenzierungslinie und ihrer Folgen ins Auge fassen.

Blickt man insgesamt, vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der Arbeit, auf Honneths Theorie *als* Kritische Theorie, insbesondere auf sein Spätwerk, so kommen einem bisweilen Zweifel hinsichtlich der Einlösung ihres Anspruchs als Sozialphilosophie und einer damit verbundenen immanent ansetzenden Gesellschaftskritik. Zur Erinnerung: Für Honneth waren es die aus einer solchen Herangehensweise ins Blickfeld rückenden sozialen Kämpfe, die er in Abgrenzung zur ersten und zweiten Generation Kritischer Theoriebildung zentral stellt. Dabei hat diese Arbeit gezeigt, dass er die inhärente Konflikthaftigkeit des Sozialen und die Möglichkeit regressiver gesellschaftlicher Kämpfe weitgehend negiert, während ihm später selbst die progressiven Akteure und Kämpfe um Anerkennung abhanden kommen. Dabei ist diese Arbeit einer interdisziplinären Arbeitsweise gefolgt. Während sie den Impuls einer anerkennungstheoretischen Betrachtungsweise des Wohlfahrtsstaats aufgenommen hatte, hat sie die im Laufe ihrer Entwicklung aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive gewonnenen Erkenntnisse auf jenen Aus-

gangsimpuls rückbezogen. In der Hoffnung darauf, dass diese Herangehensweise bei Honneth verfängt, sei das vorletzte Wort Max Horkheimer (1981, S. 41) überlassen:

indem die Philosophie als aufs Allgemeine, »Wesentliche« gerichtete theoretische Intention den besonderen Forschungen beseelende Impulse zu geben vermag [soll sie] [...] zugleich weltoffen genug [sein], um sich selbst von dem Fortgang der konkreten Studien beeindrucken und verändern zu lassen.

Das letzte Wort sei, ganz im Sinne der Kritischen Theorie im Geburtsjahrgang, dem Gedanken gesellschaftlicher Emanzipation gewidmet. Gesamtgesellschaftlich scheint uns selbst der Gedanke einer anderen, emanzipatorischen Ausgestaltung des Zusammenlebens abhandengekommen zu sein (ausführlich Schauer 2023a). Dies schlägt sich auch in regressiven Bewegungen nieder: „Die Erschöpfung utopischer Energien öffnet Räume für regressive politische Energien“ (Heitmeyer et al. 2020, S. 282). Dabei zeigt diese Arbeit auf, dass es anders gehen könnte. Politisches Handeln kann die widersprüchliche wohlfahrtsstaatliche Anerkennungsordnung als Ausgangspunkt nehmen, um die ihr inhärenten transzendenten Potentiale im Rahmen eines solidaristischen Kampfes um Anerkennung zur Geltung zu verhelfen und damit eine andere Politik *mit* der Solidarität durchzusetzen. Um dabei allerdings philosophische Schlagseite zu vermeiden, muss der konfliktive und immer unkämpfte Charakter des Sozialen ernst genommen werden. Gelingt ein solidaristischer Kampf um Anerkennung trotz dessen oder gerade deshalb, dann hätte die Kritische Theorie, um im Bilde des Ausgangspunkts dieser Arbeit zu bleiben, wirklich etwas zu feiern.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang (1967): Politische Wissenschaft als politische Soziologie. In: Wolfgang Abendroth (Hg.): Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie. Neuwied: Luchterhand, S. 9–13.
- Abts, Koen; Dalle Mulle, Emmanuel; Kessel, Stijn; Michel, Elie (2021): The Welfare Agenda of the Populist Radical Right in Western Europe: Combining Welfare Chauvinism, Producerism and Populism*. In: *Swiss Polit Sci Rev* 27 (1), S. 21–40. DOI: 10.1111/spsr.12428.
- Afonso, Alexandre; Rennwald, Line (2018): Social Class and the Changing Welfare State Agenda of Radical Right Parties in Europe. In: Philip Manow, Bruno Palier und Hanna Schwander (Hg.): Welfare democracies and party politics. Explaining electoral dynamics in times of changing welfare capitalism. Oxford: Oxford University Press, S. 171–194.
- Allen, Amy (2019): Das Ende des Fortschritts. Zur Dekolonisierung der normativen Grundlagen der kritischen Theorie. Unter Mitarbeit von Martin Saar. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.
- Andersen, Jørgen Goul; Bjørklund, Tor (1990): Structural Changes and New Cleavages: the Progress Parties in Denmark and Norway. In: *Acta Sociologica* 33 (3), S. 195–217. DOI: 10.1177/000169939003300303.
- Ayaß, Wolfgang; Rudloff, Wilfried; Tennstedt, Florian (2021): Gründungsprozesse und Weichenstellungen im Deutschen Kaiserreich. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Sozialstaat im Werden, Band 1).
- Beck, Linda; Westheuser, Linus (2022): Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. In: *Berlin J Soziol* 32 (2), S. 279–316. DOI: 10.1007/s11609-022-00470-0.
- Bedorf, Thomas (2010): Verkennende Anerkennung. Über Identität und Politik. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bell, David Andreas; Valenta, Marko; Strabac, Zan (2023): Perceptions and realities: Explaining welfare chauvinism in Europe. In: *Journal of European Social Policy*, 095892872311580. DOI: 10.1177/09589287231158019.
- Berth, Hendrik; Zenger, Markus; Stöbel-Richter, Eve; Brähler, Elmar (2020): Wer sind die BefürworterInnen von PEGIDA? Eine Analyse von Daten der Sächsischen Längsschnittstudie. In: Aylene Heller, Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Prekärer Zusammenhalt. Die Bedrohung des demokratischen Miteinanders in Deutschland. Gießen: Psycho-sozial-Verlag, S. 101–114.
- Bertram, Georg W. (2010): Anspruch auf Anerkennung? Über Symmetrien und Asymmetrien intersubjektiver Bedeutungen. In: Brigitta Keintzel und Burkhard Liebisch (Hg.): Hegel und Levinas. Kreuzungen, Brüche, Überschreitungen. Freiburg, München: Alber, S. 111–127.
- Bertram, Georg W.; Celikates, Robin (2015): Towards a Conflict Theory of Recognition: On the Constitution of Relations of Recognition in Conflict. In: *Eur J Philos* 23 (4), Artikel <https://doi.org/10.1111/ejop.12016>, S. 838–861.
- Biskamp, Floris (2022): Ein sozioökonomischer Linksruck im Rechtspopulismus? Die sozioökonomische Positionierung radikaler Rechtsparteien in europäischen Wohlfahrtsstaaten. In: Giuliana Sorce, Philipp Rhein, Daniel Lehnert und Tobias Kaphegyi (Hg.): Exkludierende Solidarität der Rechten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37–59.

- Blank, Florian (2010): Soziale Rechte 1998-2005. Die Wohlfahrtsstaatsreformen der rot-grünen Bundesregierung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bonoli, Giuliano (2010): The Political Economy of Active Labor-Market Policy. In: *Politics & Society* 38 (4), S. 435–457. DOI: 10.1177/0032329210381235.
- Bottomore, Thomas B. (1981): Politische Soziologie. Stuttgart: Kohlhammer.
- Brubaker, Rogers (1989): Membership without Citizenship: The Economic and Social Rights of Noncitizens. In: William Rogers Brubaker (Hg.): Immigration and the politics of citizenship in Europe and North America. Lanham: University Press of America, S. 145–162.
- Brubaker, Rogers (1992): Citizenship and nationhood in France and Germany. Cambridge: Harvard University Press.
- Brütt, Christian (2011): Workfare als Mindestsicherung. Von der Sozialhilfe zu Hartz IV. Deutsche Sozialpolitik von 1962 bis 2005. Bielefeld: transcript.
- Busemeyer, Marius R.; Ebbinghaus, Bernd; Leibfried, Stephan; Mayer-Ahuja, Nicole; Obinger, Herbert; Pfau-Effinger, Birgit (Hg.) (2013): Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert. Neue Wege der Forschung. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Busemeyer, Marius R.; Rathgeb, Philip; Sahm, Alexander H. J. (2022): Authoritarian values and the welfare state: the social policy preferences of radical right voters. In: *West European Politics* 45 (1), S. 77–101. DOI: 10.1080/01402382.2021.1886497.
- Butterwegge, Christoph (2014): Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik? Weinheim: Beltz Juventa.
- Careja, Romana; Harris, Eloisa (2022): Thirty years of welfare chauvinism research: Findings and challenges. In: *Journal of European Social Policy* 32 (2), S. 212–224. DOI: 10.1177/09589287211068796.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK-Verlag.
- Castel, Robert (2002): Emergence and Transformations of Social Property. In: *Constellations* 9 (3), S. 318–334. DOI: 10.1111/1467-8675.00285.
- Castel, Robert (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. 2. Aufl. Hamburg: Hamburger Edition.
- Castel, Robert (2009): Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag, S. 21–34.
- Castel, Robert (2011): Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg: Hamburger Edition.
- Celikates, Robin (2007): Nicht versöhnt. Wo bleibt der Kampf im "Kampf um Anerkennung. In: Georg W. Bertram, Robin Celikates, Christophe Laoudou und David Lauer (Hg.): Socialité et reconnaissance. Grammaires de l'humain, Bd. 2007. Paris: L'Harmattan, S. 213–228.
- Celikates, Robin (2009): Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Celikates, Robin (2019): Critical Theory and the Unfinished Project of Modernity. In: Gordon, Peter, Elli, Espen Hammer und Axel Honneth (Hg.): The Routledge Companion to the Frankfurt School. Milton: Routledge, S. 206–220.
- Celikates, Robin (2021): Beyond Needs: Recognition, Conflict and the Limits of Institutionalization. In: Heikki Ikäheimo, Kristina Lepold und Titus Stahl (Hg.): Recognition and Ambivalence. New York: Columbia University Press, S. 258–290.
- Christ, Julia; Lepold, Kristina; Loick, Daniel; Stahl, Titus (2020): Debating Critical Theory. An Introduction. In: Julia Christ, Kristina Lepold, Daniel Loick und Titus Stahl (Hg.):

- Debating critical theory. Engagements with Axel Honneth. New York, London: Rowman & Littlefield, S. vii–xxiii.
- Christensen, Anna; Malmstedt, Mattias (2000): Lex Loci Laboris versus Lex Loci Domicilii – An Inquiry into the Normative Foundations of European Social Security Law. In: *European Journal of Social Security* 2 (1), S. 69–111. DOI: 10.1023/A:1010025908052.
- Chung, Heejung; Mau, Steffen (2014): Subjective insecurity and the role of institutions. In: *Journal of European Social Policy* 24 (4), S. 303–318. DOI: 10.1177/0958928714538214.
- Crepaz, Markus M. L. (2020): Coveting Uniformity in a Diverse World: The Authoritarian Roots of Welfare Chauvinism in Postmigration Crisis Germany. In: *Social Science Quarterly* 101 (4), S. 1255–1270. DOI: 10.1111/ssqu.12798.
- Demirović, Alex (1999): Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Dingeldey, Irene (2007): Between workfare and enablement? The different paths to transformation of the welfare state: A comparative analysis of activating labour market policies. In: *Eur J Political Res* 46 (6), S. 823–851. DOI: 10.1111/j.1475-6765.2007.00712.x.
- Dingeldey, Irene (2008): Governance und Sozialpolitik: Der aktivierende Wohlfahrtsstaat als Gewährleistungsstaat. In: Gunnar Folke Schuppert und Michael Zürn (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 313–329.
- Dingeldey, Irene (2011): Der aktivierende Wohlfahrtsstaat. Governance der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Dörre, Klaus (2018): In der Warteschlange. Rassismus, völkischer Populismus und die Arbeiterfrage. In: Karina Becker, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit - Verteilungskämpfe - populistische Revolte. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag, S. 49–80.
- Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte. Unter Mitarbeit von Livia Schubert. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dubiel, Helmut (1978): Wissenschaftsorganisation und politische Erfahrung. Studien zur frühen Kritischen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Duman, Anil (2023): Feeling insecure and excluding immigrants: Relationship between subjective risks and welfare chauvinism. In: *Soc Policy Admin* 57 (7), S. 1046–1071. DOI: 10.1111/spol.12919.
- Elsässer, Lea (2018): Wessen Stimme zählt? Soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Enggist, Matthias; Pinggera, Michael (2022): Radical right parties and their welfare state stances - not so blurry after all? In: *West European Politics* 45 (1), S. 102–128. DOI: 10.1080/01402382.2021.1902115.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The three worlds of welfare capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Fazio, Giorgio (2019): From Hegel to Foucault and back? On Axel Honneth's interpretation of neoliberalism. In: *Philosophy & Social Criticism* 45 (6), S. 643–654. DOI: 10.1177/0191453719842355.
- Federici, Silvia (2017): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. 4. Auflage. Wien, Berlin: mandelbaum.
- Federici, Silvia (2021): Die Entstehung der Hausarbeit im England des 19. Jahrhunderts und das Lohnpatriarchat. In: Silvia Federici (Hg.): Das Lohnpatriarchat. Texte zu Marxismus & Gender. Wien, Berlin: mandelbaum, S. 136–150.

- Fenger, Menno (2018): The social policy agendas of populist radical right parties in comparative perspective. In: *J. int. comp. soc. policy* 34 (3), S. 188–209. DOI: 10.1080/21699763.2018.1483255.
- Ferrera, Maurizio (2005): The boundaries of welfare. European integration and the new spatial politics of social protection. Oxford: Oxford University Press.
- Ferrera, Maurizio (2016): The Contentious Politics of Hospitality: Intra-EU Mobility and Social Rights. In: *Eur Law J* 22 (6), S. 791–805. DOI: 10.1111/eulj.12209.
- Fischbach, Franck (2016): Manifest für eine Sozialphilosophie. Bielefeld: transcript.
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.
- Fraser, Nancy; Jaeggi, Rahel (2020): Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie. Berlin: Suhrkamp.
- Gingrich, Jane; Häusermann, Silja (2015): The decline of the working-class vote, the reconfiguration of the welfare support coalition and consequences for the welfare state. In: *Journal of European Social Policy* 25 (1), S. 50–75. DOI: 10.1177/0958928714556970.
- Goerres, Achim; Spies, Dennis C.; Kumlin, Staffan (2018): The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. In: *Swiss Polit Sci Rev* 24 (3), S. 246–269. DOI: 10.1111/spsr.12306.
- Greve, Bent (2019): Welfare, populism and welfare chauvinism. Bristol: Policy Press.
- Haller, Max (1983): Theorie der Klassenbildung und sozialen Schichtung. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Harris, Eloisa; Römer, Friederike (2022): Contextual welfare chauvinism: Left-wing governments and immigrant welfare rights in Western Europe. In: *Eur J Political Res* 62 (2), Artikel 1475-6765.12556, S. 443–462. DOI: 10.1111/1475-6765.12556.
- Hassel, Anke; Schiller, Christof (2010): Der Fall Hartz IV. Wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weitergeht. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Heimann, Eduard (1980[1929]): Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heinze, Anna-Sophie (2022): Zwischen Etablierung und Mainstreaming: Zum Stand der Forschung zu Populismus und Rechtsradikalismus. In: *Z Vgl Polit Wiss* 16 (1), S. 161–175. DOI: 10.1007/s12286-022-00517-9.
- Heinze, Anna-Sophie (2023): Die AfD im Wahljahr 2021: Etablierung trotz Radikalisierung? In: Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181–200.
- Heitmeyer, Wilhelm (2008): Die Ideologie der Ungleichwertigkeit. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 36–44.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 15–41.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela; Sitzler, Peter (2020): Rechte Bedrohungsallianzen. Berlin: Suhrkamp.
- Heizmann, Boris; Jedinger, Alexander; Perry, Anja (2018): Welfare Chauvinism, Economic Insecurity and the Asylum Seeker “Crisis”. In: *Societies* 8 (3), S. 83. DOI: 10.3390/soc8030083.
- Honneth, Axel (1977): Geschichte und Interaktionsverhältnisse. Zur strukturalistischen Deutung des Historischen Materialismus. In: Axel Honneth und Urs Jaeggi (Hg.): Theorien des historischen Materialismus. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 405–452.

- Honneth, Axel (1980): Arbeit und instrumentales Handeln. Kategoriale Probleme einer kritischen Gesellschaftstheorien. In: Axel Honneth und Urs Jaeggi (Hg.): Arbeit, Handlung, Normativität. Theorien des Historischen Materialismus 2. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 185–233.
- Honneth, Axel (1985): Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (1994a): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (1994b): Pathologien des Sozialen. Tradition und Aktualität der Sozialphilosophie. In: Axel Honneth (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, S. 9–70.
- Honneth, Axel (2000): Die soziale Dynamik von Missachtung. Zur Ortsbestimmung einer kritischen Gesellschaftstheorie. In: Axel Honneth (Hg.): Das Andere der Gerechtigkeit. Aufsätze zur praktischen Philosophie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 88–109.
- Honneth, Axel (2003a): Umverteilung als Anerkennung. In: Nancy Fraser und Axel Honneth (Hg.): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 129–224.
- Honneth, Axel (2003b): Unsichtbarkeit. Über die moralische Epistemologie von Anerkennung. In: Axel Honneth (Hg.): Unsichtbarkeit. Stationen einer Theorie der Intersubjektivität. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 10–27.
- Honneth, Axel (2005): Verdinglichung. Eine anerkennungstheoretische Studie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (2007): Rekonstruktive Gesellschaftskritik unter genealogischem Vorbehalt. Zur Idee der »Kritik« in der Frankfurter Schul. In: Axel Honneth (Hg.): Pathologien der Vernunft. Geschichte und Gegenwart der kritischen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 57–69.
- Honneth, Axel (2010): Das Ich im Wir. Anerkennung als Triebkraft von Gruppen. In: Axel Honneth (Hg.): Das Ich im Wir. Studien zur Anerkennungstheorie. Berlin: Suhrkamp, S. 261–279.
- Honneth, Axel (2011a): Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit. Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (2011b): Verwilderungen des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Axel Honneth, Ophelia Lindemann und Stephan Voswinkel (Hg.): Strukturwandel der Anerkennung. Paradoxien sozialer Integration in der Gegenwart. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 17–40.
- Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung. Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (2018): Anerkennung. Eine europäische Ideengeschichte. Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (2019): Recognition, democracy and social liberty: A reply. In: *Philosophy & Social Criticism* 45 (6), S. 694–708. DOI: 10.1177/0191453719843439.
- Honneth, Axel (2020a): Drei, nicht zwei Begriffe der Freiheit. Zur Reaktualisierung einer verschütteten. In: Axel Honneth (Hg.): Die Armut unserer Freiheit. Aufsätze 2012-2019. Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (2020b): Gibt es ein emanzipatorisches Erkenntnisinteresse? Versuch der Beantwortung einer Schlüsselfrage Kritischer Theorie. In: Axel Honneth (Hg.): Die Armut unserer Freiheit. Aufsätze 2012-2019. Berlin: Suhrkamp, S. 290–319.
- Honneth, Axel (2023): Der arbeitende Souverän. Eine normative Theorie der Arbeit. Berlin: Suhrkamp.

- Horkheimer, Max (1970): Traditionelle und kritische Theorie. In: Max Horkheimer (Hg.): Traditionelle und Kritische Theorie. Vier Aufsätze. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verl., S. 12–56.
- Horkheimer, Max (1981): Die gegenwärtige Lage der Sozialphilosophie und die Aufgaben eines Instituts für Sozialforschung. In: Max Horkheimer (Hg.): Sozialphilosophische Studien. Aufsätze, Reden und Vorträge 1930 - 1972; mit einem Anhang über Universität und Studium. 2. Aufl. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verl., S. 33–46.
- Im, Zhen Jie (2021): Welfare chauvinism in times of labour market segmentation: how different employment contracts moderate the impact of welfare chauvinism on support for radical right parties. In: *Comp Eur Polit* 19 (1), S. 94–116. DOI: 10.1057/s41295-020-00224-3.
- Im, Zhen Jie; Wass, Hanna; Kantola, Anu; Kauppinen, Timo M. (2023): With status decline in sight, voters turn radical right: how do experience and expectation of status decline shape electoral behaviour? In: *Eur. Pol. Sci. Rev.* 15 (1), S. 116–135. DOI: 10.1017/S1755773922000406.
- Iser, Mattias (2011): Empörung und Fortschritt. Grundlagen einer kritischen Theorie der Gesellschaft. 2., durchges. Aufl. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Jaeggi, Rahel (2009): Anerkennung und Unterwerfung: Zum Verhältnis von negativen und positiven Theorien der Intersubjektivität. Online verfügbar unter https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.philosophie.hu-berlin.de/de/arbeitsbereiche/jaeggi/mitarbeiter/jaeggi_rahel/anererkennungunterwerfung/%40%40download/file/AnerkennungUnterwerfung_mit_Literatur.pdf, zuletzt geprüft am 06.10.2025.
- Jaeggi, Rahel (2017): Crisis, Contradiction and the Task of Critical Theory. In: Banu Bargu und Chiara Bottici (Hg.): *Feminism, Capitalism, and Critique. Essays in Honor of Nancy Fraser*. Cham: Springer International Publishing, S. 209–224.
- Jaeggi, Rahel (2020): Kritik von Lebensformen. 3. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Jaeggi, Rahel; Celikates, Robin (2017): Sozialphilosophie. Eine Einführung. München: Verlag C.H.Beck.
- Jay, Martin (1981): Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verl.
- Jessoula, Matteo; Natili, Marcello; Pavolini, Emmanuele (2022): ‘Exclusionary welfarism’: a new programmatic agenda for populist right-wing parties? In: *Contemporary Politics* 28 (4), S. 447–468. DOI: 10.1080/13569775.2021.2011644.
- Joppke, Christian (2010): Citizenship and immigration. Cambridge: Polity Press.
- Joppke, Christian (2021): Neoliberal nationalism. Immigration and the rise of the populist right. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver (2017): Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie: Zur Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien. In: Dirk Jörke und Oliver Nachtwey (Hg.): *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie*. Baden-Baden: Nomos (Leviathan Sonderband, 32), S. 161–186.
- Jörke, Dirk; Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2015): Sozialstaat als Kultur. Wiesbaden: Springer VS (Sozialpolitik und Sozialstaat, 2).
- Kempf, Victor (2017): Parteilichkeit der Vernunft. Die neuere Kritische Theorie und das Politische. In: *Zeitschrift für Politische Theorie* (1), S. 68–71.
- Kempf, Victor (2018): Universalismus und Parteilichkeit in der Kritischen Theorie Axel Honneths. In: *ZPTh* 9 (1-2018), S. 29–50. DOI: 10.3224/zpth.v9i1.02.

- Kempff, Victor (2019a): Exodus oder dialektische Negation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kempff, Victor (2019b): The Subjects of Socialism: Politicizing Honneth's Idea of Socialism. In: *Critical Horizons* 20 (3), S. 262–281. DOI: 10.1080/14409917.2019.1644812.
- Keskinen, Suvi (2016): From welfare nationalism to welfare chauvinism: Economic rhetoric, the welfare state and changing asylum policies in Finland. In: *Critical Social Policy* 36 (3), S. 352–370. DOI: 10.1177/0261018315624170.
- Ketola, Markus; Nordensvard, Johan (2018): Reviewing the relationship between social policy and the contemporary populist radical right: welfare chauvinism, welfare nation state and social citizenship. In: *J. int. comp. soc. policy* 34 (3), S. 172–187. DOI: 10.1080/21699763.2018.1521863.
- Kitschelt, Herbert (1997): The radical right in Western Europe. A comparative analysis. In collaboration with Anthony J. McGann. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kitschelt, Herbert (2007): Growth and Persistence of the Radical Right in Postindustrial Democracies: Advances and Challenges in Comparative Research. In: *West European Politics* 30 (5), S. 1176–1206. DOI: 10.1080/01402380701617563.
- Klein, Markus; Kühling, Christoph; Springer, Frederik (2022): Die Wählerschaft der Alternative für Deutschland (AfD). Eine Längsschnittanalyse von Sozialstruktur und politischen Einstellungen für den Zeitraum 2013 bis 2018. In: Heinz Ulrich Brinkmann und Karl-Heinz Reuband (Hg.): Rechtspopulismus in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193–225.
- Kreckel, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Kros, Mathijs; Coenders, Marcel (2019): Explaining Differences in Welfare Chauvinism Between and Within Individuals Over Time: The Role of Subjective and Objective Economic Risk, Economic Egalitarianism, and Ethnic Threat. In: *European Sociological Review* 35 (6), S. 860–873. DOI: 10.1093/esr/jcz034.
- Kuch, Hannes (2011): Anerkennung, Wechselseitigkeit und Asymmetrie. In: Andreas Hetzel (Hg.): Alterität und Anerkennung. Baden-Baden: Nomos, S. 93–112.
- Kuch, Hannes (2013): Herr und Knecht. Anerkennung und symbolische Macht im Anschluss an Hegel. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Laclau, Ernesto (2007): On populist reason. Paperback edition. London, New York: Verso.
- Lefkofridi, Zoe; Michel, Elie (2014): Exclusive Solidarity? Radical Right Parties and the Welfare State. European University Institute, Robert Schumann Center for Advanced Studies. Florenz (EUI Working Papers, 120).
- Lengfeld, Holger; Ordemann, Jessica (2017): Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984–2014. In: *Zeitschrift für Soziologie* 46 (3), S. 167–184. DOI: 10.1515/zfsoz-2017-1010.
- Lepold, Kristina (2017): Axel Honneths Neubegründung der kritischen Gesellschaftstheorie. Die kritische Theorie der Anerkennung. In: Sven Ellmers und Philip Hogg (Hg.): Warum Kritik? Begründungsformen kritischer Theorien. Weilerswist: Vellbrück Wissenschaft, S. 281–300.
- Lepold, Kristina (2019): Examining Honneth's Positive Theory of Recognition. In: *Critical Horizons* 20 (3), S. 246–261. DOI: 10.1080/14409917.2019.1644810.
- Lepold, Kristina (2021): Ambivalente Anerkennung. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Lessenich, Stephan (1995): Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Spanien. Eine exemplarische Analyse postautoritären Wandels. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Lessenich, Stephan (1998): "Relations matter": De-Kommodifizierung als Verteilungsproblem. In: Stephan Lessenich (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 91–108.
- Lessenich, Stephan (1999): Vorwärts – und nichts vergessen. Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention. In: *PROKLA* 29 (116), S. 411–430. DOI: 10.32387/prokla.v29i116.806.
- Lessenich, Stephan (2003): Dynamischer Immobilismus. Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Lessenich, Stephan (2007): Die Grenzen der Anerkennung – Zum Wandel der moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaats. In: Christine Wimbauer (Hg.): Die Gesellschaft als "institutionalisierte Anerkennungsordnung". Anerkennung und Ungleichheit in Paarbeziehungen, Arbeitsorganisationen und Sozialstaat. Opladen: Budrich, S. 151–168.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Lessenich, Stephan (2009): Aktivierungspolitik und Anerkennungsökonomie. In: *Soz Passagen* 1 (2), S. 163–176. DOI: 10.1007/s12592-009-0030-2.
- Lessenich, Stephan (2012a): „Aktivierender“ Sozialstaat: eine politisch-soziologische Zwischenbilanz. In: Reinhard Bispinck, Gerhard Bosch, Klaus Hofemann und Gerhard Naegele (Hg.): Sozialpolitik und Sozialstaat. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41–53.
- Lessenich, Stephan (2012b): Das Anerkennungsdefizitsyndrom des Wohlfahrtsstaats. In: *Österreich Z Soziol* 37 (S1), S. 99–115. DOI: 10.1007/s11614-012-0036-4.
- Lessenich, Stephan (2012c): Theorien des Sozialstaats zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Lessenich, Stephan (2018): Die ewige Mitte und das Gespenst der Abstiegs-gesellschaft. In: Nadine M. Schöneck-Voß und Sabine Ritter (Hg.): Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten. Bielefeld: transcript, S. 163–178.
- Lessenich, Stephan (2019a): Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Ditzingen, Stuttgart: Reclam.
- Lessenich, Stephan (2019b): Kritische Theorie des Wohlfahrtsstaats. In: Uwe H. Bittlingmayer, Alex Demirović und Tatjana Freytag (Hg.): Handbuch Kritische Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 873–891.
- Lessenich, Stephan (2020a): Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus. In: Hanna Ketterer und Karina Becker (Hg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp, S. 121–138.
- Lessenich, Stephan (2020b): Doppelmoral hält besser: Die Politik mit der Solidarität in der Externalisierungsgesellschaft. In: *Berlin J Soziol* 30 (1), S. 113–130. DOI: 10.1007/s11609-020-00410-w.
- Lessenich, Stephan (2021): Sozialstaat und soziale Ausschließung. In: Roland Anhorn und Johannes Stehr (Hg.): Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit, Bd. 26. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 447–464.
- Lessenich, Stephan (2022): Nicht mehr normal. Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs. 1. Auflage. Berlin: Hanser Berlin.
- Lessenich, Stephan; Mau, Steffen (2005): Reziprozität und Wohlfahrtsstaat. In: Frank Adloff und Steffen Mau (Hg.): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 257–276.
- Lux, Thomas (2022): Die AfD-Wahlabsicht aus ungleichheitssoziologischer Perspektive. In: *SozW* 73 (1), S. 67–104. DOI: 10.5771/0038-6073-2022-1-67.

- Lux, Thomas; Gülzau, Fabian (2022): Zunehmende Polarisierung? Die Entwicklung migrationsbezogener Einstellungen in Deutschland von 1996 bis 2016. In: Julia Glathe und Laura Gorriahn (Hg.): Demokratie und Migration. Baden-Baden: Nomos, S. 158–192.
- Mackert, Jürgen (1999): Kampf um Zugehörigkeit. Nationale Staatsbürgerschaft als Modus sozialer Schließung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mackert, Jürgen (2001): Nationalstaat, Staatsbürgerschaft und Immigration: Zur Analyse der Mechanismen interner Schließung. In: Jutta Allmendinger (Hg.): Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Opladen: Leske + Budrich, S. 643–664.
- Mackert, Jürgen (2004): Die Theorie sozialer Schließung. Das analytische Potential einer Theorie mittlerer Reichweite. In: Jürgen Mackert (Hg.): Die Theorie sozialer Schließung. Tradition, Analysen, Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–26.
- Mackert, Jürgen (2018): ‘We the People’: Liberal and Organic Populism, and the Politics of Social Closure. In: Gregor Fitzi, Jürgen Mackert und Bryan S. Turner (Hg.): Populism and the crisis of democracy. London, New York: Routledge Taylor & Francis Group, S. 91–108.
- Manning, Alan; Mazeine, Graham (2020): Subjective Job Insecurity and the Rise of the Precariat: Evidence from the UK, Germany and the United States. London School of Economics and Political Science, Centre of Economic Performance (CEP Discussion Papers, 1712).
- Manow, Philip (2018): Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip (2020): Welche Rolle spielen Wohlfahrtsstaatlichkeit und Globalisierung für die Ausprägungen des Populismus? In: *Totalitarianism and Democracy* 17 (1), S. 35–44. DOI: 10.13109/tode.2020.17.1.35.
- Mansel, Jürgen; Endrikat, Kirsten; Hüpping, Sandra (2006): Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feinselige Mentalitäten. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 39–66.
- Marshall, Thomas Humphrey (1987[1950]): Citizenship and Social Class. London: Pluto Press.
- Mau, Steffen (2002): Wohlfahrtsregimes als Reziprozitätsarrangements. Versuch einer Typologisierung. In: *Berlin J Soziol* 12 (3), S. 345–364. DOI: 10.1007/BF03204062.
- Mau, Steffen (2003): The moral economy of welfare states. Britain and Germany compared. London, New York: Routledge & Francis Group.
- Mau, Steffen (2007): Mitgliedschaftsräume, wohlfahrtsstaatliche Solidarität und Migration. In: Jürgen Mackert (Hg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 215–234.
- Mau, Steffen (2012): Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht? Berlin, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mau, Steffen; Burkhardt, Christoph (2009): Migration and welfare state solidarity in Western Europe. In: *Journal of European Social Policy* 19 (3), S. 213–229. DOI: 10.1177/0958928709104737.
- Mau, Steffen; Lux, Thomas; Gülzau, Fabian (2020): Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. In: *Berlin J Soziol* 30 (3-4), S. 317–346. DOI: 10.1007/s11609-020-00420-8.
- Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

- Mau, Steffen; Mewes, Jan (2012): Unraveling working-class welfare chauvinism. In: Stefan Svallfors (Hg.): *Contested welfare states. Welfare attitudes in Europe and beyond*. Stanford: Stanford Univ. Press, S. 119–157.
- Mau, Steffen; Mewes, Jan; Schöneck, Nadine M. (2012): What determines subjective socio-economic insecurity? Context and class in comparative perspective. In: *Socio-Economic Review* 10 (4), S. 655–682. DOI: 10.1093/ser/mws001.
- Meisner, Lukas (2025): *Critical Marxist Theory. Political Autonomy and the Radicalising Project of Modernity*. Cham: Springer International Publishing.
- Mohan, Robin; Keil, Daniel (2012): Gesellschaftskritik ohne Gegenstand. Axel Honneths Anerkennungstheorie aus materialistischer Perspektive. In: *PROKLA* 42 (167). DOI: 10.32387/prokla.v42i167.311.
- Moore, Barrington (1987): *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Morris, Lydia (2002): *Managing migration. Civic stratification and migrants' rights*. London: Routledge.
- Mudde, Cas (2007): *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): *Populism. A very short introduction*. Oxford: Oxford University Press.
- Murphy, Raymond (1986): Weberian Closure Theory: A Contribution to the Ongoing Assessment. In: *The British Journal of Sociology* 37 (1), S. 21. DOI: 10.2307/591049.
- Murphy, Raymond (1988): *Social closure. The theory of monopolization and exclusion*. Oxford: Clarendon Press.
- Nachtwey, Oliver (2009): *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Niedermayer, Oskar (2020): Konkurrenz am rechten Rand. Die Etablierung der AFD im Parteienspektrum. In: Uwe Jun und Oskar Niedermayer (Hg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 105–132.
- Nullmeier, Frank (2000): *Politische Theorie des Sozialstaats*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Nullmeier, Frank (2003): Anerkennung: Auf dem Weg zu einem kulturalen Sozialstaatsverständnis? In: Stephan Lessenich (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 395–418.
- Nullmeier, Frank (2004): Vermarktlichung des Sozialstaats. In: *WSI-Mitteilungen* 57 (9), S. 495–500.
- Nullmeier, Frank (2005): Sozialstaatsreform und Leistungsprinzip. In: Geis, Anna, Strecker, David (Hg.): *Blockaden staatlicher Politik. Sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe*. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 98–111.
- Obermayr, Linda Lilith (2024): Vom gesellschaftlichen Widerspruch zur sozialen Pathologie. Kritische Betrachtungen zur Anerkennungstheorie. In: Redaktionskollektiv des "Jahrbuch für marxistische Gesellschaftstheorie" (Hg.): #3: Postmarxismus. Wien: mandelbaum, S. 115–136.
- Offe, Claus (1984): *Contradictions of the welfare state*. Cambridge: MIT Press.
- Offe, Claus (2006): Spätkapitalismus - Versuch einer Begriffsbestimmung. In: Claus Offe: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie. Veränd. Neuausg. Hg. v. Jens Borchert und Stephan Lessenich*. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 51–66.

- Offe, Claus (2019): Sozialstaat. In: Claus Offe (Hg.): Der Wohlfahrtsstaat und seine Bürger. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67–78.
- Offe, Claus; Lenhardt, Gero (2006): Staatstheorie und Sozialpolitik. Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik. In: Claus Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie. Veränd. Neuausg. Hg. v. Jens Borchert und Stephan Lessenich. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 153–180.
- Parkin, Frank (1979): Marxism and class theory: a bourgeois critique. London: Tavistock Publ.
- Parkin, Frank (2004): Strategien sozialer Schließung und Klassenbildung. In: Jürgen Mackert (Hg.): Die Theorie sozialer Schließung. Tradition, Analysen, Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–44.
- Paulsen Hansen, Magnus (2019): The moral economy of activation. Ideas, politics and policies. Bristol: Policy Press.
- Rancière, Jacques (2016): Critical Questions on the Theory of Recognition. In: Katia Gentel und Jean-Philippe Deranty (Hg.): Recognition or Disagreement. A Critical Encounter on the Politics of Freedom, Equality, and Identity. New York: Columbia University Press, S. 83–95.
- Raphael, Lutz (2008): Figurationen vom Armut und Fremdheit. Eine Zwischenbilanz interdisziplinärer Forschung. In: Lutz Raphael (Hg.): Zwischen Ausschluss und Solidarität. Modi der Inklusion/Exklusion von Fremden und Armen in Europa seit der Spätantike. Wien: Lang, S. 13–36.
- Rathgeb, Philip; Busemeyer, Marius R. (2022): How to study the populist radical right and the welfare state? In: *West European Politics* 45 (1), S. 1–23. DOI: 10.1080/01402382.2021.1925421.
- Reeskens, Tim; van Oorschot, Wim (2012): Disentangling the ‘New Liberal Dilemma’: On the relation between general welfare redistribution preferences and welfare chauvinism. In: *International Journal of Comparative Sociology* 53 (2), S. 120–139. DOI: 10.1177/0020715212451987.
- Ricœur, Paul (2022): Wege der Anerkennung. Erkennen, Wiedererkennen, Anerkanntsein. Berlin: Suhrkamp.
- Roepert, Leo (2022): Die konformistische Revolte. Zur Mythologie des Rechtspopulismus: transcript.
- Römer, Friederike (2022): Differentiation of Welfare Rights for Migrants in Western Countries from 1970 to Present. In: Frank Nullmeier, Delia González de Reufels und Herbert Obinger (Hg.): International Impacts on Social Policy. Cham: Springer International Publishing, S. 501–513.
- Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian (1988): Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 - 1929. Stuttgart: Kohlhammer.
- Sachweh, Patrick (2010): Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Sachweh, Patrick (2020): Social Integration and Right-Wing Populist Voting in Germany. In: *Analyse & Kritik* 42 (2), S. 369–398. DOI: 10.1515/aug-2020-0015.
- Sainsbury, Diane (2012): Welfare states and immigrant rights. The politics of inclusion and exclusion. Oxford: Oxford University Press.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Schauer, Alexandra (2023a): Mensch ohne Welt. Eine Soziologie spätmoderner Vergesellschaftung. Berlin: Suhrkamp.

- Schauer, Alexandra (2023b): Destruktive Krisenverarbeitung und die Dialektik der Integration. Vortrag auf der Konferenz "Das Ringen um Zugehörigkeit. Psychische und soziale Dynamiken in der Migrationsgesellschaft". Institut für Sozialforschung, HBS-Promotionskolleg "Dialektik der Teilhabe: Dynamiken sozial-räumlicher Öffnung und Schließung". Frankfurt/Main, 22.04.2023.
- Schimank, Uwe; Mau, Steffen; Groh-Samberg, Olaf (2014): Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten. Weinheim: Beltz.
- Schmidt, Alfred (1974): Zur Idee der kritischen Theorie. Elemente der Philosophie Max Horkheimers. München: Hanser.
- Schmidt am Buch, Hans-Christoph (2011): "Anerkennung" als Prinzip der Kritischen Theorie. Berlin: De Gruyter.
- Sennett, Richard; Cobb, Jonathan (2023[1972]): Hidden Injuries of Class. London, New York: Verso.
- Shire, Karen A.; Nemoto, Kumiko (2020): The Origins and Transformations of Conservative Gender Regimes in Germany and Japan. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 27 (3), S. 432–448. DOI: 10.1093/sp/jxaa017.
- Siep, Ludwig (2009): Kampf um Anerkennung bei Hegel und Honneth. In: Rainer Forst (Hg.): Sozialphilosophie und Kritik. Axel Honneth zum 60. Geburtstag. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 179–204.
- Solinas, Marco (2019): Immanent teleologies versus historical regressions: Some political remarks on Honneth's Hegelianism. In: *Philosophy & Social Criticism* 45 (6), S. 655–664. DOI: 10.1177/0191453719842350.
- Standing, Guy (2011): The Precariat. The New Dangerous Class. London: Bloomsbury Academic.
- Streeck, Wolfgang (2018): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Erweiterte Ausgabe, 3. Auflage. Berlin.
- Svallfors, Stefan (2006): The moral economy of class. Class and attitudes in comparative perspective. Stanford: Stanford University Press.
- Svallfors, Stefan (2007): Introduction. In: Stefan Svallfors (Hg.): The political sociology of the welfare state. Institutions, social cleavages, and orientations. Stanford: Stanford University Press, S. 1–29.
- Teixeira, Marianna (2017): The Sociological Roots and Deficits of Axel Honneth's Critical Theory of Recognition. In: Michael J. Thompson (Hg.): The Palgrave Handbook of Critical Theory. London, New York: Palgrave Macmillan, S. 597–609.
- Thompson, E. P. (1980): Die moralische Ökonomie der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert. In: Dieter Groh (Hg.): Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. Ausgewählt und eingeleitet von Dieter Groh. Frankfurt/Main: Verlag Ullstein, S. 66–130.
- Thompson, E. P. (1987a): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Band 1. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Thompson, E. P. (1987b): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Band 2. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Thompson, Michael (2019): The Failure of the Recognition Paradigm in Critical Theory. In: Volker Schmitz (Hg.): Axel Honneth and the Critical Theory of Recognition. Cham: Palgrave Macmillan, S. 243–272.
- van der Waal, Jeroen; Koster, Willem de; van Oorschot, Wim (2013): Three Worlds of Welfare Chauvinism? How Welfare Regimes Affect Support for Distributing Welfare to Immigrants in Europe. In: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 15 (2), S. 164–181. DOI: 10.1080/13876988.2013.785147.

- van Oorschot, Wim (2006): Making the difference in social Europe: deservingness perceptions among citizens of European welfare states. In: *Journal of European Social Policy* 16 (1), S. 23–42. DOI: 10.1177/0958928706059829.
- van Oorschot, Wim (2008): Solidarity towards immigrants in European welfare states. In: *Int J Soc Welfare* 17 (1), S. 3–14. DOI: 10.1111/j.1468-2397.2007.00487.x.
- Vlandas, Tim; Halikiopoulou, Daphne (2022): Welfare state policies and far right party support: moderating 'insecurity effects' among different social groups. In: *West European Politics* 45 (1), S. 24–49. DOI: 10.1080/01402382.2021.1886498.
- Vobruba, Georg (1983): Politik mit dem Wohlfahrtsstaat. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Vogel, Berthold (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg: Hamburger Edition.
- Voller, Christian (2022): In der Dämmerung. Studien zur Vor- und Frühgeschichte der Kritischen Theorie. Berlin: Matthes & Seitz.
- Voswinkel, Stephan (2013): Anerkennung. In: Hartmut Hirsch-Kreinsen (Hg.): Lexikon der Arbeits- und Industriesoziologie. Berlin: Ed. Sigma, S. 17–22.
- Wagner, Peter (2018): Fortschritt. Zur Erneuerung einer Idee. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Weber, Max (2006[1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Paderborn: Voltmedia.
- Weiß, Anja (2017): Soziologie globaler Ungleichheiten. Berlin: Suhrkamp.
- Weßels, Bernhard (2019): Wahlverhalten sozialer Gruppen. In: Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels und Christof Wolf (Hg.): Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Baden-Baden: Nomos, S. 189–206.
- Westheuser, Linus (2021): Pre-Political Bases of a New Cleavage? Social Identities, Moral Economy, and Classed Politics in Germany. Dissertation. Online verfügbar unter <https://ricerca.sns.it/handle/11384/109226>, zuletzt geprüft am 06.10.2025.
- Wright, Erik Olin (2023): Warum Klasse zählt. Mit einem Nachwort von Oliver Nachtwey. Berlin: Suhrkamp.